

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Ausland.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit Illustration Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Belegungs-
 Verordnungsliste für 1902 unter Nr. 7079.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Anzeigen
 und Veranlassungen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 enden bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Adressen „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 3. April 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der Kongress der belgischen Socialdemokratie.

Brüssel, den 31. März 1902.

In dem letzten Artikel wies ich schon auf die große Bedeutung dieses Kongresses hin. Er sollte die letzte Heereschau sein vor dem Kampfe. Und er hat die höchsten Erwartungen übertroffen. 700 Delegierte waren erschienen, um ihr Veto bei diesen wichtigen Entscheidungen einzulegen.

Die Diskussion wurde mit einer für belgische Verhältnisse verblüffenden Sachlichkeit geführt. Heute, wo es sich um Beschlüsse von solcher immenser Tragweite handelte, verschwand der kleinliche Streit um lokale Wünsche. Die heftigsten Ballonier weitesterten mit den ruhigen, kaltenblütigen Flamländern, ihre Parteidisziplin zu beweisen.

Besonders in der geheimen Sitzung, wo die Mittel und Wege, die Strategie zur Diskussion stand, woran sich grundsätzlich nur Arbeiter beteiligten, wurde mit einem der Situation entsprechenden Ernst debattiert. Diese Sitzung wird allen, die ihr beiwohnten, unvergesslich bleiben. Mit geradezu feierlicher Stille wurden alle Ausführungen entgegen genommen. Die Genossen bewiesen, daß sie im Kampf gegen den clerikalen Feind eins sind.

Noch nie stand unsre belgische Partei vor solchen wichtigen Entscheidungen. Ohne Uebertreibung kann gesagt werden, der große Moment hat ein großes Geschlecht vorgefunden. Der Kongress hat alle Hoffnungen der Gegner auf eine Spaltung glänzend vernichtet.

Der Kongress trat am ersten Ostertage früh 10 Uhr im Maison du Peuple zusammen. Der große Saal war festlich geschmückt. Neben der Blüthe von Volders hing das Bild Liebknechts.

Tagesordnung:

1. bis 5. Geschäftliche Mitteilungen.
6. Die politische Situation, Frauen-Stimmrecht; Einschreibung der proportionalen Vertretung in die Verfassung.
7. Bericht des Parteivorstandes.
8. Reorganisation des Parteivorstandes.
9. Wahl des Bureaus.
10. Das Sekretariat der Partei.

Die Punkte 1 bis 5 wurden in der ersten Vormittags-Sitzung glatt erledigt. Beim sechsten Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, das Frauen-Stimmrecht und die Einschreibung der proportionalen Vertretung in die Verfassung öffentlich zu verhandeln, aber die Mittel und Wege zur Erreichung des allgemeinen Wahlrechts streng vertraulich zu diskutieren.

Die zum 6. Punkt vorliegende Resolution des Parteivorstandes lautet:

In Erwägung: daß für einen günstigen Abschluß dieser Wahlrechts-Bewegung die Einigkeit aller Revolutionsfreunde notwendig ist; daß die liberale Partei und die christlichen Demokraten ihre Zustimmung und Teilnahme an dem Wahlrechtskampfe von der konstitutionellen Festslegung der proportionalen Vertretung und von der Ausschreibung des Frauen-Wahlrechts abhängig machen

beschließt der Kongress:

Das Prinzip der proportionalen Vertretung wird in die Verfassung eingeschrieben, wenn dieses für die Eringung des Allgemeinen Wahlrechts unerlässlich ist;

Die Verfassungsrevision bezieht sich nur auf das allgemeine Männer-Stimmrecht, und im Falle die liberale Partei das Frauen-Stimmrecht in die Debatte einführt, verläßt sich der Kongress auf das Geschick seiner Abgeordneten, dieses Manöver zum Scheitern zu bringen und die Vereinigung der Wahlrechtsfreunde aufrecht zu erhalten.

Das wesentlichste dieser Debatte sei hier wiedergegeben.

Vanderelde: Die beiden Fragen müssen zusammen behandelt werden. Bezüglich des Frauen-Stimmrechts unterlege ich die Resolution des Parteivorstandes. Diese große sozialistische Frage kann verlagert, aber niemals von der Tagesordnung abgelenkt werden. Im Interesse der Partei nehmen wir momentan von dieser Forderung Abstand. Wir, die wir stets diese Reform verteidigt haben, müssen leider selbst verlangen, sie jetzt dem Männer-Stimmrecht zu opfern. Die proportionale Vertretung steht im Programm. Wir haben mit ihr erst eine Wahl gemacht und wissen nicht, wie sie sich bewährt. Dieses und auch die andern ihr anhaftenden Mängel lassen es geboten erscheinen, sie vorläufig nur in das Gesetz und nicht in die Verfassung einschreiben. Da aber die Liberalen das letztere unbedingt fordern, beschloß der Parteivorstand, hier nachzugeben, wenn dies für den endgültigen Sieg des allgemeinen Wahlrechts unerlässlich ist. Uebrigens haben Sie in diesen Punkten gebundene Mandate. Beweisen wir uns, vor allem die Mittel und Wege des Kampfes zu debattieren. Das ist am Abend vor dem Kampfe das allerwichtigste.

Destree: Wenn es sich bloß um redaktionelle Differenzen handelte, würde ich zu der Resolution des Parteivorstandes nicht nein sagen. Aber es handelt sich um Prinzipienfragen von großer Bedeutung. Die Resolution ist nichts als eine Antwort an die liberale Adresse. Sie verlangen drei Dinge: 1. Einschreibung der proportionalen Vertretung in die Verfassung, 2. Ausschreibung des Frauen-Stimmrechts und 3. Verzicht auf alle revolutionären Maßnahmen. Das sind drei Konzessionen, die wir machen sollen, und die Liberalen geben uns dafür nichts. Und die vorliegende Resolution verlangt das alles zu votieren für eine Partei, die uns stets betrogen hat. Was die Einschreibung der proportionalen Vertretung in die Verfassung anbelangt, gebe ich trotz meiner Bedenken nach. Aber wenn es sich um prinzipielle Dinge wie das Frauen-Stimmrecht handelt, dann keine Zweideutigkeit. Unsre Partei ist die Partei der Arbeiterklasse, die nicht ihr Programm nur herborzieht, um es zu verleugnen. Wir können keinen Kompromiß schließen, der auf Verlangung der wichtigsten Programmpunkte hinausläuft. 1895 stimmten wir in der Kammer einstimmig für das Wahlrecht der Frauen, und heute, nach sieben Jahren, sind viele von dieser Stellungnahme abgewichen und behaupten heute, die Frage sei nicht reif. Wenn es nun absolut im Interesse des allgemeinen Wahlrechts für die Männer liegt, will ich mich auch noch auf eine Vertagung dieser Frage einlassen, aber das ist das Höchste, was wir geben können. Aufgeben der revolutionären

Taktik, verlangen als drittes die Liberalen. Ah, Sie täuschen sich hier denn doch. Sie wollen die Maßnahmen der Regierung respektiert wissen, die sie in den letzten Tagen so oft den konzentrierten Betrag genannt haben. Hier können wir uns auf keine Engagements einlassen. Frei müssen wir hier sein und bleiben. Wir wollen gewiß nicht die Revolution, aber sie kann notwendig werden. Geben Sie Klarheiten nicht nach, was bleibt uns dann? Die Obstruktion? Während dreier Tage eine Rede halten? Wir werden es thun, aber das Volk? Es wird wie 1898 zum Generalstreik usw. greifen müssen. Nur die Arbeiterklasse weiß Opfer zu bringen für ihre Ideale. Sie wird auch dieses jetzt von neuem beweisen müssen. Aus zwei Punkte machen wir Kompromisse, aber beim dritten nicht. Wenn die Einigkeit der Liberalen nicht bis ans Ende hält, so wird die Arbeiterklasse ohne sie siegen. (Draufender Beifall.)

Devinne: Destree sagte, die Sozialisten machen alle gewünschten Konzessionen, die Liberalen keine. Das ist falsch. Die Liberalen opfern ihre Privilegien, stimmen der Verfassungsrevision zu, was uns hoffen läßt, den Sieg ohne Blutvergießen zu erringen. Das wäre der größte moralische Sieg des Proletariats über die herrschenden Klassen. Die Konzessionen, die wir machen, sind keine großen. Die proportionale Vertretung wird nicht mehr umstritten. Bleibt das Frauen-Stimmrecht. Wir opfern es nicht, sondern wir verlangen nur den Kampf um dasselbe. Dieses jetzt einzuführen, wäre ein schreckliches Unglück (desastro) für die Partei ebensoviel als auch für die Frauen selbst. Seine Einführung bedeutete eine Verlängerung der clerikalen Herrschaft auf 50 bis 100 Jahre. Die ganze Partei nimmt in der Sache eine ablehnende Stellung ein. (Rufe: Nein, nein!) Alle großen Föderationen haben dagegen gestimmt, weil sie der Ansicht waren, daß durch dieses Experiment nicht die Früchte einer achtzehnjährigen Agitation auf das Spiel gesetzt werden können. Es ist bedauerlich, so sagen, wir geben unsre revolutionäre Taktik auf. Prinzipien werden nicht geopfert. Nur der Wunsch, das Männer-Stimmrecht endlich einmal zu erlangen, hat uns die Resolution diktiert und uns zu den Konzessionen gezwungen.

Vanderelde: Auf jeden Fall bitte ich Sie, von uns nicht zu verlangen, in der Kammer gegen unsre Uebergangung zu stimmen. Fällt heute hier in puncto Frauen-Wahlrecht die Abstimmung negativ aus, halte ich mich für nicht engagiert. Ich behalte mir vor, im gegebenen Moment meine Stellung zu präzisieren. Niemals dürfen wir uns hier festlegen schon jetzt, wo wir nur ein dunkle Ahnung haben, welche Wendung die Dinge nehmen können.

Rechin: Die Liberalen als die Schwachen verlangen Garantien und wir, die weitans Stärkeren, die die Kosten des Kampfes in erster und letzter Instanz zu tragen haben, verlangen nichts. Wenn wir für die konstitutionelle Festslegung der proportionalen Vertretung sein sollen, dann verlangen wir als Äquivalent das allgemeine Wahlrecht vom 21. Lebensjahre ab mit sechsmonatlichem Wohnsitz. Unterlassen wir jetzt diese Forderung in die Verfassung einzutragen, so sind wir die Gemachten. Jetzt sind keine Phrasen wie: Einigkeit aller oppositionellen Elemente usw. am Plage, sondern klare Entschlüsse und entschlossenes Handeln. Wie froh waren wir 1894, keine Allianzen mehr nötig zu haben und heute wolle ich nur unmoralische Kompromisse eingehen. (Große Lärme.) Die ganze Resolution des Parteivorstandes ist nichts als ein Aufhandel. Ich verlange gebundene Mandate für uns, die Abgeordneten und von den Liberalen die Verpflichtung, das Wahlrecht mit 21 Jahren und sechsmonatlichem Wohnsitz. Letzteres steht im Programm und dieses ist doch nicht dazu da, es zu verleugnen. (Bravo.)

Gatti de Gamond: Wenn wir für den Antrag des Parteivorstandes stimmen, so geben wir nichts von unsrer sozialistischen Uebergangung auf. Es ist schwer für uns Frauen, unsre eignen Forderungen abzulehnen. Im Interesse des allgemeinen Männer-Stimmrechts stimmen wir der Resolution des Parteivorstandes zu.

Sollart: Wie ich sehe, wird man Progressist. Durch die Kompromisselei ist es schon soweit gekommen, daß unsre Forderungen für die Liberalen Adressen beschließen. Nicht die Liberalen Ueberrichte bringen uns das Wahlrecht, sondern Proletarierarmee. Ein Hinabsteigen in die Straße im Notfall muß uns mehr als alle Allianzen mit den Liberalen. (Chorale, Beifall.)

Ansele: Wir können nicht für alle Programmpunkte gleichzeitig kämpfen. Heute für das Wahlrecht der Männer, morgen für das der Frauen. Ist es keine Konzession von den Liberalen, wenn sie auf ihre Privilegien des Wahlrechts verzichten? Es kann sich jetzt nur darum handeln, die Einigkeit unter den Wahlrechtsfreunden aufrecht zu erhalten. Dieses Motiv brachte die vorliegende Resolution zu stande. Gaben wir das Wahlrecht der Männer, dann haben wir größere Macht und größeren Einfluß, die wir dann für das Frauenstimmrecht einsetzen.

Die Resolution des Parteivorstandes wurde einstimmig angenommen.

Die sozialistischen Frauen, die stark vertreten waren, ließen durch die Genossin Paula Gil erklären: In Anbetracht der ersten Situation, in der sich die Partei befindet, überreichen wir die Resolution des Frauenkongresses dem Parteivorstand, ohne auf einer Diskussion jetzt zu bestehen.

Nun beginnt die geheime Sitzung. Alle verlassen den Saal, um sich der Kontrolle beim Eintritt zu unterwerfen. Streng wird gemacht, daß kein Ueberläufer eintrete. Zur Beratung stehen die anzuwendende Taktik, die in Betracht kommenden Kompromisse und deren Anwendung. Es wurden diverse Eventualitäten in Betracht gezogen und die am passendsten erscheinende Taktik in allgemeinen Umrissen festgesetzt.

Diese Sitzung war einzig in ihrer Art. Die während der ganzen Sitzung herrschende Totenstille wurde nur durch braufenden, ungestillten Beifall unterbrochen. Als der Präsident diese denkwürdige Sitzung mit den Worten schloß: „Die negative Antwort der Regierung wird das Signal zum Kampfe sein.“ fielen die gesamten Delegierten mit dem Refrain der Internationale ein:

C'est la lutte finale, groupons nous et demain
(Das ist der letzte Kampf, vereinigen wir uns und dann)
L'Internationale sera — le Suffrage universel
(Die Internationale wird sein — das allgemeine Wahlrecht)

3. Sitzung, Montag, den 31. März, vormittags.
Die Sitzung ist geheim. Es wird über innere Parteiangelegenheiten beraten, wie Verstärkung des zahlreichen Parteivorstandes durch je einen Delegierten auf 500 zahlende Parteimitglieder, was acceptiert wurde.

Die Erhöhung der Beiträge an die Gewerkschaftskommission verursachte eine lange Debatte; der letzte Gewerkschaftskongress hatte, um der Kasse der Gewerkschaftskommission auf die Beine zu stellen, die Erhöhung des Jahresbeitrags von 2 auf 5 Centimes pro Mitglied beschlossen. Diesem Beschluß ist aber, von geringen Ausnahmen abgesehen, nicht nachgekommen worden. Vorge schlagen wurde, die Parteivereine zu zwingen, alle Beiträge an den Parteifiskus abzuliefern. Zu präcisen Beschlüssen ist es aber nicht gekommen.

Der Parteivorstand wurde wiederge wählt und an Stelle des ausscheidenden Genossen Farnemont die Genossin de Camond gewählt.

Der Vorstandsbericht wurde acceptiert. Dieser beschäftigt sich vorzüglich mit der verflochtenen Wahrechts-Agitation. Die Jahreseinnahmen der Partei sind 11500 Fr., denen eine Ausgabe von 11650 Fr. gegenübersteht.

Zur Schaffung eines permanenten Parteisekretariats ist es noch nicht gekommen. Wohl aber wurde der Parteivorstand beauftragt, die von den Föderationen präsentierten Kandidaten zu examinieren und innerhalb drei Monaten den geeignetsten auf den Posten zu stellen.

Der Kongress wurde um 5 Uhr durch den Genossen Desmet geschlossen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. April.

Liebers Verdienste um den Militarismus.

Daß der verstorbene Führer der Regierungspartei sans phrase, zu der das Centrum unter Liebers Führung im Laufe der Jahre herabgesunken ist, eines warmen Nachrufs auch der Regierung sicher sein konnte, ist weiter nichts Auffallendes. Wenn also Graf Posa-dowsky der Witwe des Verstorbenen ein Kondolenztelegramm überbrachte, worin er Liebers „Verdienste um das Vaterland“ gebührend anerkennt, so war das ganz in der Ordnung. Auch daß der Reichskanzler der Witwe ein Beileidstelegramm schickte, entsprach nur den ihm in seinen Beziehungen, die sich zwischen Regierung und Centrum, nicht zuletzt durch Liebers Einfluß, herausgebildet hatten. Interessant jedoch für die ehemalige Oppositions- und gegenwärtig noch christliche Partei ist das Lob, das Herr v. Bülow dem Verstorbenen wegen seiner Verdienste um den Militarismus mit Zug und Recht spenden durfte. Das Telegramm des Reichskanzlers, das die „Germania“ geschneidert abdruckt, lautet:

„Lieberweg durch die soeben erhaltene Trauerkunde spreche ich Ihnen und allen Ihrigen mein herzlichstes Beileid aus. Lauterkeit und Selbstlosigkeit des Charakters, Uebergangungsbereue mit hingebender Thätigkeit im Dienste des Vaterlandes, um dessen Wehrkraft er sich hohe Verdienste erworben hat, fähigen Ihrem vereinigten Gatten ein dauerndes Andenken. Ich persönlich werde der politischen Unterstützung wie der freundschaftlichen Bestimmungen, die ich bei dem Heimgegangenen gefunden habe, stets dankbar eingedenk bleiben.“

Reichskanzler Graf Bülow.

Die „Germania“ ist allerdings so schüchtern, die von uns gesperren Worte nicht gleich den vorbegehenden Sägen durch Sperrdruck hervorzuheben. Vermuthlich, weil sie denn doch fühlt, wie wenig ein solches Lob gerade einem historischen Repräsentanten der Centrumspartei zur Ehre gereicht. Hat doch das Centrum, als es noch unter Führung der Windthorst und Wallströb stand, in Sachen des Militarismus eine ganz andre Stellung eingenommen, eine Haltung, wie sie eine oppositionelle und bis zu einem gewissen Grade demokratische Partei eben einnehmen mußte. Nicht nur, daß das Centrum 1870 und 1873 in seinem Programm eine „Beschränkung der Armee“ und „Verminderung der Präsenzstärke im Frieden“ verlangte, es hat auch dem Militarismus im Parlament thätigst einigen Widerstand geleistet. So lehnte es 1897 das Septennat ab, und in seiner 12jährigen Wehrzeit nach 1898 die Militärvorlage, für die nur ein 19 Mann starker Bruchteil der Partei unter Hueneß Führung eintrat. Und die Partei sorgte dafür, daß bei den in demselben Jahre erfolgenden Reichstagswahlen alle diese militärfreundlichen Abgeordneten bis auf einen einzigen durchfielen. Seit 1897 trat freilich die Schwertung ein. Die nach Hofmann und Minister-Händebänden geizenden Staatsmänner, allen voran Herr Lieber, stimmten fortan für jede Militärvorlage, ja sie entwickelten sich allmählich zu dem zuverlässigsten Gefolge des Herrn v. Tirpitz. An der schmachtvollen Komödie, die die bourgeoise Volkvertretung bei der jüngsten Debatte über den geheimen Marine-Erfah anführte, spielte das Centrum die schwächliche Rolle. Herr Lieber mag seiner Krankheit wegen damals nicht mehr mitgewirkt haben, allein die Fraktion an derartige Veräbterereien gewöhnt zu haben ist doch sein Hauptverdienst. Das blamable Lob des Herrn v. Bülow ist daher ein nur zu wohlverdientes.

Des Papstes Testament.

Der Papst hat an alle Organe der geistlichen Hierarchie ein apostolisches Schreiben gerichtet, das wohl das letzte sein wird, das er versendet und von dem er selbst sagt, daß seine Worte wie ein „Testament“ klingen sollten, das er „nahe den Pforten der Ewigkeit stehend, den Völkern hinterlassen“ wolle.

Dies Testament hebt mit der getwöhnten Klage über die — Verfolgungen der Kirche an.

„Die Kirche mußte allezeit Verfolgung leiden für die Wahrheit und Gerechtigkeit.“ Und das sei natürlich. Gequündet um die gefallene Menschheit zum übernatürlichen Ziel zu führen, habe sie die Leidenschaften, die Augenlust, Fleischlust und Hoffart des Lebens

bestimmen müssen. Neben die Anfeindungen der Kirche brauche man sich daher nicht zu wundern, wie die Verfolgungen doch auch vom göttlichen Herrn und Meister" vorausgelagt worden seien bis zum Ende der Zeiten. In den Verfolgungen solle die Kirche vor ihrem göttlichen Stifter nichts voraus haben.

Es ist schwer, diese Klage des Papstes über die Verfolgung der Kirche nicht als unfeindliche Satire aufzufassen. Denn intolerante Verfolgungswut zeichnet doch gerade die Kirche selbst aus, und die „Verfolgung“, die ihr widerfahren soll, besteht doch nur in dem notwendigen Widerstand der Staatsgewalt gegen ihre anmaßenden Herrschaftsgelüste.

Im weiteren Verlaufe wendet sich das Schreiben gegen die „Freilehren“ der nichtorthodoxen Wissenschaft und Philosophie, gegen die Freimaurer usw. Und zwar mit jenen alten, abgegriffenen Redewendungen, die in apostolischen Schreiben und bischöflichen Hirtenbriefen seit Jahrhunderten ständig wiederkehren. Eine Spur modernen Geistes, ein Fünkchen socialen Verständnisses sucht man vergeblich. Die weltbewegende sociale Frage wird mit folgendem Passus abgethan:

„In Anwendung der Lehre ihres göttlichen Stifters wahrt sie (die Kirche) in wohl abgewogenem Gleichgewicht die richtigen Grenzen in allen Rechten und in allen Privilegien der gesellschaftlichen Gesamtheit. Und die Gleichheit, die sie verkündigt, läßt den Unterschied der verschiedenen gesellschaftlichen Stände, die die Natur offenbar verlangt, unberührt; die Freiheit, die sie bringt, um die Anarchie der vom Glauben losgelösten und von sich selber verlassenen Vernunft zu verhindern, verlegt nicht die Rechte der Wahrheit, welche über diejenigen der Freiheit gehen, ebensowenig die Rechte der Gerechtigkeit, die denjenigen der Zahl und der Gewalt überlegen sind, auch nicht diejenigen Gottes, die vor denjenigen des Menschen gehen.“

Welch ein Testament des Oberhauptes der katholischen Christenheit! Und wie sonderbar, daß die „Natur“, von der doch sonst das kirchliche Dogma nichts wissen will, dazu dienen muß, eine sociale Ungleichheit zu beschönigen, die man als direkt „göttliche“ Institution „offenbar“ nicht mehr anzugeben wagt.

Deutsches Reich.

Centrumszollwucher und Centrumsarbeiter.

Man schreibt uns aus Köln: In einer großen Centrumsversammlung erstattete am Ostermontag in Köln der Reichstags-Abgeordnete Justizrat Trimborn seinen Wählern Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Der größten Raum nahm in der Rede die Stellung des Centrums zum Zolltarif ein. Bezüglich des Schicksals des Jesuitenantrages erklärte Herr Trimborn: „Die Entschickung des Bundesrates wird entscheidend sein für unser ferneres Verhalten zu den verbündeten Regierungen.“ (Lebhafter Beifall.) Demnach scheint das Centrum der Annahme des Jesuitenantrages durch den Bundesrat sicher zu sein. — Neben der Stellung des Centrums zur Getreidezollfrage sagte der Redner, daß die ganze PreSSION, höchstens könne es sich um einzelne Ausnahmen handeln, für die Zollserhöhung sei. Der Zoll solle sein ein Erziehungszoll für die ohne ihre Schuld in eine schlechte Lage gekommene Landwirtschaft, um sich wieder aufzurichten. Aber der Zoll müsse mäßig sein, um Handelsverträge, deren die Industrie durchaus bedürftig, zu ermöglichen. Der Zoll müsse sich auf der mittleren Linie bewegen und nicht so wohl preissteigernd als preisbehaltend wirken. Als diese mittlere Linie betrachtet der Redner den von ihm unterschriebenen Antrag Schwerin-Herold. Eine Verständigung mit der Regierung halte er für möglich. Die letzte und gefährlichste Klippe sei die Obstruktion; jedoch halte er die Umföngung nicht für unmöglich.

Dann redete der bekannte „agrarische Arbeitersekretär“ Giesberts. Die Frage dürfe nicht lauten: Werden die Produkte durch die landwirtschaftlichen Zölle verteuert? — sondern: Hat der Landwirt ein Recht auf bessere Bezahlung seiner Arbeit? Die landwirtschaftliche Arbeit sei die am schlechtesten bezahlte, und so gut wie der Industrie-Arbeiter könne auch die Landwirtschaft höheren Lohn für ihre Arbeit verlangen. Durch ihren Widerstand gegen die socialpolitischen Forderungen hätten die extremen Agrarier große Erbitterung gegen sich geschaffen; aber das Centrum habe in socialpolitischen Forderungen seine Landwirte stets hinter sich gehabt. (?) Durch die Zollserhöhung werde sich die deutsche Landwirtschaft halten können, um über das Uebergangsstadium hinweg zu kommen. Der Redner hofft, daß nun die Agrarier aber auch den Forderungen der christlichen Arbeiter an die Gesetzgebung kein Hindernis mehr bereiten. Der Agitation der Socialdemokratie gegen die Zollserhöhung liege nichts anderes zu Grunde als die Absicht, die katholischen Arbeiter auf den Standpunkt des Klassenkampfes zu ziehen. Aber das werde nicht gelingen.

Entschieden anderer Ansicht waren zwei Centrumsarbeiter, die den beiden Rednern entgegentraten, nachdem der Leiter der Versammlung, Reichstags-Abgeordneter de Witt, ihnen gnädig zehn Minuten (!) Redezeit gewährt hatte. Sie bekannten sich ausdrücklich als katholische Arbeiter und Centrumsanhänger. Trotz der kurzen Redezeit wählte der eine von ihnen, der Metallarbeiter Wilhelm Müller, dem Justizrat, dem Amtsrichter und dem Abgeordneten Dr. Bachem, die vor ihm geredet hatten, trefflich zu dienen. Er bedauerte, daß man erst jetzt sich an die Öffentlichkeit gewendet habe, um die Arbeiter anzuklären, damit sie den socialdemokratischen Mitarbeiters Auskunst geben könnten über die Stellung des Centrums. Dann bitte er die Leitung der Centrums-Partei, im Landreise Köln einmal unter den Centrums-wählern eine Umfrage zu veranstalten, wer seit dem Jahre 1898 schon einmal den Vertreter des Kreises im Reichstag, den Centrums-Abgeordneten Pingen, zu Gesicht bekommen habe. Der Arbeitersekretär Giesberts hätte gemeint, im Interesse der ansehnlichen Gerechtigkeit müsse der Arbeiter die kleine Verteuerung des Lebensunterhalts tragen, um der bedrängten Landwirtschaft zu helfen. Dem gegenüber erklärte der Redner: „Wir christliche Arbeiter sind bereit, ein Opfer zu bringen, aber wir können kein bringen. Eine große Anzahl Arbeiter verdient nur 8 M. den Tag, viele arbeiten zu noch geringerer Lohn. Können Sie da als Familienväter und christliche Männer dafür eintreten, daß durch den Zoll die Rohstoffpreise noch weiter verteuert werden? Wenn wir unter Hinweis auf den Zolltarif bei den Unternehmern höheren Lohn verlangen, so werden wir einfach abgewiesen. Und wenn wir durch unsre christlichen Gewerkschaften ein paar Pfennige Lohnerhöhung erreichen, so geht uns das durch die Brotverteuerung wieder verloren. Wenn das Centrum bei der Wahl auf die Stimmen der katholischen Arbeiter rechnet, so muß es seine Stellung zur Zollfrage wesentlich revidieren, sonst kann es geschehen, daß ein großer Teil der Arbeiter eine Stellung zur Centrums-Partei revidiert. Diesen Worten folgte lebhafter Beifall eines beträchtlichen Teiles der Versammlung. Herr de Witt aber schellte mit der Präsidientenglocke den Beifall nieder, was er bei keinem der andern Redner versucht hatte. Einem dritten als Bollgegner bekannten katholischen Arbeiter und Centrumsmanu erteilte Herr de Witt das Wort über-

haupt nicht; er meinte, die Versammlung müsse doch auch ein Ende haben. Er selber aber redete noch eine volle Viertelstunde.

Es ist bemerkenswert, daß in dieser Centrumsversammlung der Centrumsantrag, die Erträge der Getreidezollerhöhung für eine Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden, mit keiner Silbe erwähnt wurde.

Weisheit ohne Ende läßt der Telegraph in Italien von den Lippen des ferienreisenden Grafen Wilow strömen. Jetzt hat ein italienischer Journalist den deutschen Reichsanwalt interviewt und das Wolffsche Bureau verbreitet kurzlich die gewaltigen Offenbarungen, die der beispiellose Staatsmann dem glücklichen Zeitungsfreiber anvertraut hat.

Graf Wilow hat danach u. a. dem deutschen Zolltarif nachgerühmt, daß er die goldene Mittelstraße — golden für die Agrarier! — halte, und er hat den alten Ovid citiert: Medio tutissimus ibis — in der Mitte geht man am sichersten.

Es ist ein berühmter Held, der ein Meister dieses Grundgesetzes war. Wenn er nächstens durch die Stadt wanderte, hielt er sich hübsch in der Mitte auf dem Stroßendamm; denn er fürchtete die dunklen, unheimdräuenden Hänjensischen auf der Linken und der Rechten, in der Mitte fühlte er sich am sichersten. Das war Herr Tartarin aus Tarascon, der kühnlich auf die Löwenjagd zog und einen — Esel erlegte.

Den Politikern der Mitte allerdings gelingt es zumeist, nicht einmal einen Esel zur Strecke zu bringen; auch dazu sind sie zu vorsichtig.

Das Schreckgespenst der passiven Handelsbilanz citiert die „Deutsche Tageszeitung“ wieder einmal. Nach der vergleichenden Aufstellung einer amtlichen Monatschrift ergebe sich, daß in Europa im Jahre 1890 England, Oesterreich-Ungarn und Spanien und im Jahre 1900 nur Oesterreich-Ungarn und Bulgarien eine aktive Handelsbilanz, alle übrigen Staaten dagegen eine passive Handelsbilanz hatten. Für die europäischen Staaten zusammen ergebe sich für 1890 ein Passivum, also ein Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr, im Betrage von 5138 Millionen Mark und für 1900 ein solches im Betrage von 7970 Millionen Mark. Innerhalb des letzten Jahreszehnts sei somit die passive Handelsbilanz Europas um 2832 Mill. Mark oder um mehr als 55 Proz. gewachsen.

Die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten dagegen, die 1890 erst ein Minimum von 235 Millionen Mark aufgewiesen habe, habe 1900 ein Minimum von 2187 Millionen Mark befreit. Auf den alten Schwindel von der passiven Handelsbilanz des näheren einzugehen, lohnt sich nicht, aber angenommen, die passive Handelsbilanz lieg wirklich ein so bedenkliches Symptom, würde nicht der von den Agrariern so ersehnte Zollkrieg die deutsche Exportindustrie erst recht schädigen und die Handelsbilanz für Deutschland noch schlimmer gestalten? Oder fällt es die „Deutsche Tageszeitg.“ für das ein Kulturideal, auf den Weltmarkt und den Import überhaupt zu verzichten und zu dem nationalen Tischler und Hausmacherleinen unserer Altvordern zurückzukehren? Etlichen Millionen Industrie-Arbeitern und ihren Angehörigen würde die Verwirklichung dieses Ideals jedenfalls jegliche Existenzmöglichkeit abschneiden.

Der Umdank der Arbeiter. Durch verschiedene Blätter ging kürzlich die von der „Jenaischen Zeitung“ zuerst in die Öffentlichkeit lancierte Nachricht, daß der Professor Abbe in Jena, der bekannte Gründer und Leiter der Karl Zeiß-Stiftung, sich von der Leitung dieses Unternehmens aus Aerger darüber zurückgezogen habe, daß ihm für alle seine humanitären Bestrebungen im Interesse der Arbeiter von diesen nur Umdank zu teil geworden sei.

Die unser Jenenser Bruderorgan feststellt, ist diese ganze Nachricht von A bis Z erfunden. Zunächst ist Professor Abbe von der Geschäftsleitung nicht zurückgetreten, sondern er hat nur, wie alljährlich, eine Erholungsreise angetreten. Ferner sind alle Behauptungen, als ob es zwischen Professor Abbe und seinen Arbeitern zu einem Konflikte gekommen sei, der ihn auch nur den Gedanken des Rücktritts nahegelegt habe, absolut un-wahr. Professor Abbe hat, wie das „Jen. Volksblatt“ nach zuverlässigen Ermittlungen bei der Geschäftsleitung sowohl als dem Arbeiterausschuß feststellen in der Lage ist, im besten Einvernehmen mit den Arbeitern seine Erholungsreise angetreten.

Eine Nichtbegnadigung. Der Kaufmann Martin Ligner in Thon war im vorigen Jahre vom dortigen Schöffengericht infolge eines Reuekontros, das er mit Offizieren im Theater gehabt hatte, wegen Beleidigung des Offizierstandes im allgemeinen und dreier Lieutenanten als direkt beteiligter zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt worden. Als Ligner auch durch die Verurteilung an die Strafkammer seine Freisprechung nicht erzielen konnte, richtete er ein Gnadengeheiß an den Kaiser, worin er bat, daß die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe umgewandelt würde. Das Gesuch hat keinen Erfolg gehabt; Ligner ist jetzt abhuldig befehdet worden und muß die Gefängnisstrafe, da das Urteil längst Rechtskraft hat, antreten.

Der Bemerkte, ein Mann in angenehmer Position und von bestem Kennund, war mit den angeblich beleidigten Offizieren des-halb in einen Wortwechsel geraten, als dieselben irrtümlichweise auf einen Platz Anspruch erhoben, dessen Benutzung Ligner zustand. Das Verhalten der Offiziere hatte Ligner in einen Zustand begrifflicher Erregung verlegt, und in diesem soll er von den Offizieren in Ausdrücken gesprochen haben, die von dem Gericht als eine Beleidigung des Offiziercorps und der beteiligten drei Offiziere speziell angefaßt wurden. Der Aussage mehrerer dem Urteil zustehender Zeugen, daß die Äußerungen Ligners anders gelautet und keinen beleidigenden Charakter getragen hätten, wurde vom Gericht wegen der bestimmten Zeugenaussage der Offiziere kein Gewicht beigemessen. Aber selbst vom Standpunkt des Gerichts aus dürfte das Strafmaß auffallend hoch erscheinen. Ligner dürfte denn auch mit Bestimmtheit auf einen Erfolg seines Gnadengeheißes gefaßt haben.

Weitere Folgen unfer Kolonialschneidigkeit. Einer in Hamburg eingetroffenen Privatmeldung zufolge sind in Vane in Kamerun zwei Hamburger Faktoreileiter (die-jenigen von Lambert u. Stein und von Theodor Maack) durch die Aufständischen schwer verwundet worden. Im Kampfe mit den Negern, welche die Niederlassungen erstürmen wollten, erhielten beide Schüsse in die Brust bezw. in den Unterleib. Die Wunden sind lebensgefährlich und zwar weil die Negern nicht mit Kugeln, sondern mit fünf Centimeter langem Messingdraht geschossen haben. Die schwarzen Diener lösteten den Ansturm der Aufständischen ab und ihre Herren auf die Station bringen.

Der forumpierende Einfluß des Submissionsverfahrens zeigt sich deutlich in einem Fall, über den uns aus Bremen erhalten wird. Im benachbarten Lehe stellten kürzlich die socialdemokratischen Bürgervertreter den Antrag, die in der Ausführung befindlichen städtischen Kanalisationsarbeiten dem betreffenden Privatunternehmer abzunehmen und sie in Regie der Gemeinde fertigstellen zu lassen. Der Antrag wurde mit der offenkundig gewordenen Thatsache begründet, daß die mit den Kanalisationsarbeiten betraute, in Roddewies-Deutschland allgemein bekannte Baufirma H. F. Kistner in Lehe bei der öffentlichen Ausschreibung der Arbeiten verschiedenen Konkurrenten Abstands-gelder für Nichtbeteiligung an der Submission gezahlt hat. Der Antrag der socialdemokratischen Gemeindevertreter wurde abgelehnt, weil man in der allseitig verurteilten Mogelei keinen Systemfehler erblickte und den empfohlenen Schritt nicht thun wollte, um kein Präzident zu schaffen. In der letzten Bürgervertreter-Sitzung teilte der Bürgermeister auf Anfrage nach dem Ergebnis der geführten Untersuchung mit, daß ein Unternehmer dem Magistrat eingestanden habe, von Herrn H. Kistner 1000 Mark Abstands-geld erhalten zu haben, daß die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben sei, und vor dieser noch weitere Unternehmern zugesagt haben sollen, für die Nichtbeteiligung an der Submission größere Summen empfangen zu haben. Die Affäre wird noch begehrender durch den Umstand, daß ein Mitinhaber der Firma Kistner zu der fraglichen Zeit Mitglied des Bürgervertreter-Kollegiums war.

Der Auslandshandel im Jahre 1901. Im „Reichs-Anzeiger“ sind die Gesamtwerte des auswärtigen Handels des deutschen Zollgebiets mit den einzelnen Handelsgebieten im Jahre 1901 nach den von einer Kommission von Sachverständigen im kaiserlichen Statistischen Kant vorgenommenen Schätzungen veröffentlicht worden. Hiernach beträgt (in 1000 M.):

die Einfuhr . . . 5 709 782 gegen 6 042 392 im Jahre 1900
die Ausfuhr . . . 4 512 846 „ 4 752 601 „ 1900
Daraus ergibt sich gegen das Jahr 1900 ein Rückgang von:
333,2 Millionen Mark in der Einfuhr, 5,5 Proz.
240,0 „ „ Ausfuhr, 5,0 „

In der fünfjährigen Periode von 1897 bis 1901 sind die Werte des auswärtigen Handels (Specialhandel) ermittelt worden:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	(Millionen Mark)	Prozentuales Verhältnis des Werts	(Millionen Mark)	Prozentuales Verhältnis des Werts
1897	4864,6	100	3786,2	100
1898	5439,7	112	4010,6	106
1899	5783,6	119	4368,4	115
1900	6049,0	124	4752,6	126
1901	5709,8	117	4512,5	119

Der Höhepunkt der Einfuhr ist demnach in ununterbrochener Entwicklung seit dem Jahre 1897 in Ein- und Ausfuhr im Jahre 1900 erreicht worden, in welchem Jahre die Einfuhr eine Steigerung von 24 Proz., die Ausfuhr von 26 Proz. gegen das Jahr 1897 erreichte. Die günstige Entwicklung des auswärtigen Handels giebt sich allerdings schon in den Zahlen des Jahres 1896 kund. Die Vergleichbarkeit der Zahlen vor dem Jahre 1897 mit denen der nachfolgenden Jahre ist aber infolgedessen beeinträchtigt, als vom Jahre 1897 ab der Specialhandel den gesamten Veredelungsverkehr für inländische Rechnung umfaßt, während vor dem Jahre 1897 nur ein Teil dieses Verkehrs in den Specialhandel einbezogen ist.

Der Rückgang des Gesamtwertes in 1901 ist hauptsächlich in dem Fallen der Warenpreise begründet, während die Mengen der umgesetzten Waren davon weniger betroffen werden.

Vom Dreischrafen. Eine Korrespondenz meldet: Der Dreischraf, der bei der Kunde von seiner bevorstehenden Verhaftung als bald nach Basel entflohen ist und in der Schweiz ein Asyl gesucht hat, soll jetzt die Absicht haben, in kurzer Zeit nach Deutschland zurückzukehren und sich „freiwillig“ dem Gericht zu stellen. Dieser Entschluß dürfte ihm wohl erst nach der Einsicht gekommen sein, daß er auch in der Schweiz auf die Dauer keinen Schutz vor dem Stedbrief des Staatsanwalts finden kann. Denn nach Art. 1 Nr. 23 des Vertrages vom 24. Januar 1874 zwischen Deutschland und der Schweiz liefert dieses Land auch solche Personen aus, welche wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Zerstörung von Eisenbahnen, Störung eines Eisenbahnzuges oder der Fahrbahn durch Verückung von Schienen oder ihrer Unterlagen angeklagt sind. In dringenden Fällen kann der Befolge auf directes Verlangen der zuständigen Behörde selbst nach telegraphischer Anweisung schon in einstweilige Haft genommen werden. Da die vorstehenden Bestimmungen auf den Grafen ihre Anwendung finden, darf man mit Interesse der weiteren Entwicklung dieser Angelegenheit entgegensehen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Der Ungehöriger Arthur Johann Wäumer von Wernfelskirchen hatte sich vor der ersten Strafkammer des Oberlandes-Landgerichts wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Er hatte sich in einer Gesellschaft unziemlicher Ausdrücke über den Kaiser bedient und war später von einem guten „Freund“ um Hilfe denunziert worden. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Da W. noch nicht verurteilt war und den sogenannten „besseren“ Kreisen angehörte, so sah das Gericht von einer Gefängnisstrafe ab und verurteilte den „Sünder“ zu 2 Monaten 2 Wochen Festung.

Ausland.

Zur revolutionären Bewegung in Rußland.

Man schreibt uns vom 30. März:
Alle Augenzeugen sprechen sich übereinstimmend dahin aus, daß die letzte Demonstration in Petersburg in jeder Hinsicht als eine wohlgeglungene zu bezeichnen sei. Einbrachen wurde sie durch Tausende von Proklamationen. Als Ort der Demonstration war der Platz vor der Kasankathedrale bezeichnet. Von 10 bis 12 Uhr konnte man, schreibt ein Augenzeuge, auf dem Revoli-prospekt ein ungewöhnliches Publikum sehen. In der Richtung zu der Kathedrale bewegten sich einzeln und in kleinen Häuflein massenhaft Arbeiter. Viele von ihnen hatten sich schon frühzeitig in den umliegenden Kirchen angesammelt. Studentische Uniformen sah man wenig, der Hauptteil der Demonstranten bestand aus Arbeitern. Bis 12 Uhr sah man keine besonderen Vorbereitungen der Regierung, hier und da bemerkte man nur ganz vereinzelte Polizeisoldaten. Erst um 12¼, als die revolutionären Aulse ertönten, begannen aus verschiedenen Verstecken Kavalkaden gerittener Gendarmen und Polizisten zu erscheinen. Die Gendarmen zog blank und bald hatte sie auch die Tropfen ihres Sieges in der Hand: zwei rote Fahnen. Das ganze gewaltige Territorium des Revoli-prospekts wälzte auf und nieder von Demonstranten und Polizisten. Kosaken und andere Militär war nicht zu sehen. Um 12¼ wurde der Prospekt für Fußverkehr gesperrt und die Stroßenbahn setzte ihre Fahrten aus. Die zu dem Prospekt führenden Straßen wurden ebenfalls als gesperrt, um so den Zutritt von weiteren Menschenmassen zu verhindern. Trotz aller dieser Vorkehrungen gelang es aber, den Prospekt zu befreien; den ganzen Nachmittag strömten immer neue Reugen hinzu und abends war der Prospekt wiederum so überfüllt, daß der Verkehr wieder unterbrochen werden mußte. Die Zahl der Demonstranten muß wenigstens auf 50 000 gerechnet werden. Ein anderer schreibt: Unter Hurraufen wurden an verschiedenen Stellen des Prospekts rote Fahnen mit revolutionären Inschriften entfaltet. Niemand wurde geschont, euerlei, ob Demonstrant oder Zuschauer. Die allgemeine Aufregung hat alle Kreise ergriffen. Nach Ausfragen der Teilnehmer und auch unbeteiligter Personen, erstreckte sich die Demonstration einer allgemeinen Sympathie. Noch sind die Gefängnisse überfüllt von den Verhafteten des 16. März und schon werden Vorbereitungen getroffen, in aller nächster Zeit neue Demonstrationen in Scene zu setzen. In einem Aufsatze hierzu heißt es: „Die Hurraufen sind schon bereits in das Militär eingedrungen, was unsre Chancen stark hebt. Wenn Ihr noch am Leben seid, Ihr Starke und Kühnen, die Ihr die Wichtigkeit des Augenblicks erfassen könnt, die Ihr die Waffe in die Hand des Unterdrückten zu legen versteht, kommt! Kommt Ihr, die Ihr die Herzen zu entzünden wisst!“

Der Petersburger Gouverneur giebt die Namen der während der Demonstration Verhafteten bekannt. Aus dem Verzeichnis kann man ersehen, welche weiten und verschiedenen Schichten der Bevölkerung an der Bewegung beteiligt sind. Nach einer großen Reihe von Studenten der Universität, der Institute für Civil- und Kommunikations-Ingenieure, der militär-medizinischen Akademie, sind da auch Namen persönlicher und erblicher Ehrenbürger anzutreffen. Unter den Inhaftierten befindet sich auch ein Offizier, außerdem auch Advokaten, Beamte und andre. Unter den verhafteten Frauen befinden sich mehrere aus den Adelkreisen, viele Akademikerinnen und Lehrerinnen.

Oesterreich-Ungarn.

Polizeibehörden und Klerici. Das „Provo libit“ meldet, daß Präsidium der böhmischen Statthalterei habe einen Geheimerath ddo. 23. November, Jahr 18 077, an alle Bezugs-

Hauptmannschaften sowie an die Prager Polizeidirektion hinausgegeben, mit dem die in Versammlungen intervenierenden landesfürstlichen Kommissäre beauftragt werden, genau alles zu notieren, was irgend ein Redner gegen einen Bischof oder Erzbischof vorbringt. Eine Abschrift der Relation sei unverzüglich der Staatsanwaltschaft zu übermitteln, die sie an die betreffende kirchliche Korporation zu leiten und von ihr die Ermächtigung zu erwirken hat, den Redner verfolgen zu können.

Dieses Demagogie- und Verfolgungs-System entspringt ganz wunderbar dem Worte des Stifter der christlichen Religion, die rechte Wange demjenigen darzubieten, der der Linken einen Schlag versetzt. —

Schweiz.

Italienische Impertinenz.

Zürich, 28. März. (Fig. Ver.) Wenn der schweizerische Bundesrat bei seinen zahlreichen großen Gefälligkeiten, die er trotz des Widerstandes weiter Vollstrecke seit Jahren Italien erwies, je auf Anerkennung und Dankbarkeit sollte gerechnet haben, so würde ihn die neueste Dreifigkeit Italiens in der Person seines Gesandten Silvestrelli in Bern über den unbedingten Optimismus einer solchen Auffassung ebenso unangenehm wie eindringlich belehrt haben. Weil der Bundesrat nicht den Wunsch dieses arroganten Herrn, gegen ein in Genf in italienischer Sprache erscheinendes Anarchistenblatt wegen Verleumdung des verstorbenen Königs Humbert einzuschreiten, als Befehl hinmah und mit lakonischer Dienstbereitschaft eiltig ausführt, polterte der Gesandte in tollstoller und dreister Weise, insbesondere über die schweizerische Gesetzgebung, von der er offenbar keine Ahnung hat; dabei ist die gesetzliche Lage eine sehr einfache und außerdem liegt bereits ein bezüglicher Präzedenzfall vor. Die in Betracht kommende Bestimmung des Bundesgesetzes lautet: „Oeffentliche Beschimpfung eines fremden Volkes oder seines Souveräns oder einer fremden Regierung wird mit einer Geldbuße bis auf 2000 Fr., womit in schwereren Fällen Gefängnis bis auf 6 Monate verbunden werden kann, bestraft. Die Verfolgung findet jedoch nur auf Verlangen der betreffenden fremden Regierung statt, wofür der Eidgenossenschaft Gegengeld gehalten wird.“ Als im Jahre 1888 in Basel ein Konkurs-Schiff in einem Fastnachtssplafte den deutschen Kaiser beleidigte, hielt sich die deutsche Regierung an diese Gesetzesbestimmung, versprach der Schweiz Gegengeld, worauf der Bundesanwalt klagte und Schill auch in der That verurteilt wurde. Wenn nun der italienische Gesandte Silvestrelli den Hinweis des schweizerischen Bundesrates auf diese Gesetzeslage mit Taktlosigkeit gegen den Bundesrat und mit anmaßender Stillschweigen der schweizerischen Gesetzgebung beantwortete, so zeigte der Herr, daß er selbst ein Anarchist ist, der auf die Gesetze keine Rücksicht nimmt, sondern sich selbst als Staatsanwalt gegen seine Verfechter anrufen. Schließlich ist es fast sicher, daß in der Schweiz eine Verurteilung wegen Verleumdung eines toten Potentaten nicht erfolgen würde, hatte ja eine solche selbst das deutsche Reichsgericht abgelehnt.

Der Bundesrat hat das arrogante Gebahren des Herrn Silvestrelli höflich und entschieden zurückgewiesen, aber er hat gleichzeitig auch den Journalisten, Dr. Voet, den Bundesstadt-Korrespondenten der „Zürcher Post“, der die Vorgänge in die Oeffentlichkeit brachte, gemahnt, indem er ihm auf die Dauer von drei Wochen den Zutritt zum Bundesratsgebäude verbot — ein Verbot, das wohl auch rechtlich anfechtbar wäre. „Strafe muß sein!“ kommt die ganze Affaire, wie verlautes, im Nationalrat zur Sprache, so wird wohl diese Maßregelung ebenso verurteilt wie an den Bundesrat die Forderung gestellt werden, in Zukunft Italien gegenüber weniger liebedienlich zu sein, sondern energisch das Recht und die Würde der Schweiz zu wahren. —

England.

Zwei Gesetzentwürfe.

London, 28. März. (Fig. Ver.) In Uebereinstimmung mit dem in der Thronrede gemachten Versprechen wurden in den letzten Tagen dem Parlament zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, von denen der eine mit der Regelung des Schulwesens, der andre mit der irischen Bodenreform sich beschäftigt. Die Schulvorlage stellt sich vor allem die Aufgabe, eine gewisse Einheitlichkeit in das stark decentralisierte Erziehungswesen Englands zu bringen. Sowohl das Elementar- wie das Mittelschulwesen soll derselben Kontrollbehörde unterstellt werden; daselbst gilt von den öffentlichen und freiwilligen Volksschulen. Der Hauptnachteil der Vorlage ist die Befreiung der School Boards, d. h. der besonders gewählten Schulbehörden, deren demokratische Tendenzen den herrschenden Klassen unangenehm wurden. Nach dieser Vorlage soll das Schulwesen nunmehr von der Lokalbehörde resp. deren Kommission beaufsichtigt werden. Eine vorläufige Annahme bildet London, es seiner Eigentümlichkeiten wegen noch nicht in die Vorlage einschließen werden konnte. —

Der Gesetzentwurf betreffend die irische Bodenreform ist sehr kompliziert und verlangt eine genaue Kenntnis der irischen Bodenbesitzverhältnisse seit ihrer Inauguration, d. h. seit 1889. Zwei Gedanken liegen dieser merkwürdigen Bodenreform zu Grunde. Erstens wird die Pachtsumme nicht dem Grundherrn, sondern von einem besonderen Rentengerichte festgesetzt; zweitens giebt die Regierung den Pächtern Gelegenheit, Grundstücke käuflich zu erwerben. Nun haben sich aber gewisse Uebel gezeigt, die eine Durchführung dieser Gesetze erschweren. Die gerichtliche Festsetzung der Pachtsumme führte zu zahllosen und langwierigen Prozessen, die die Pächter unerschwinglich machten. Ferner zeigen sich die Grundherren geneigt, ihren Besitz zu veräußern. Gesetzt ist die Kaufsumme vor 17fache der Pachtsumme. Die Regierung schloß die Kaufsumme vor, d. h. sie zahlte in Konsols. So lange die Konsols auf 114 stehen ungefähr um dieses Niveau standen, waren die Grundherren mit dem Kauf zufrieden. Seit dem südafrikanischen Kriege ist aber der Kurs der Konsols stark gefallen. In den letzten Monaten betrug sie sich der Kurs zwischen 91 und 94. Mit diesen Niedergängen des Kurzes fiel auch die Zahl der Käufe. In den letzten vier Jahren wurden Kaufsummen bewilligt für: 6000; 6000; 5000; 3000. Diese Zahlen brauchen keines Kommentars.

Die neue Vorlage schlägt nun vor: Nicht der Pächter, sondern die Regierung soll nunmehr mit dem Grundherrn wegen des Kaufsummes unterhandeln und die Kaufsumme in barem Gelde zahlen. Die Regierung verkauft sodann die Ländereien an die Pächter, deren Kaufsummen nun ein einziges herabgesetzt wird. Ferner: Wendet sich ein Pächter an das Rentengericht zwecks Herabsetzung der Pachtsumme, so kann der Grundherr sich zwecks Verkauf seiner Ländereien an die Regierung wenden. Ist der Grundherr mit dem Angebot der Regierung nicht zufrieden, so muß er sich die neue herabgesetzte Pachtsumme gefallen lassen. Ist aber der Pächter mit der Kaufsumme nicht zufrieden, so muß er sich die alte Pachtsumme gefallen lassen. —

Dänemark.

Das Staatsbudget ist infolge von 9 Änderungen, die das Landsting vorgenommen hat, die aber vom Folkething nicht acceptiert wurden, nicht zur Annahme gelangt. Das Landsting hat diese Änderungen mit 34 gegen 29 Stimmen aufrecht erhalten. Der Finanzauschuss des Folkethings hat einstimmig, und zwar einstimmig des konservativen Vertreters, die Ablehnung des Budgets in der vom Landsting beschlossenen Form empfohlen und dementsprechend beschloß das Folkething. Nun ist ein gemeinsamer Finanzauschuss gewählt worden, der sich mit der weiteren Beratung über das Budget befassen soll. — Für die nächsten 3 Monate, vom 1. April ab wurde ein provisorisches Budget aufgestellt und im Reichstag angenommen. —

Reaktion im Landsting. In der ersten Kammer des dänischen Reichstags kam es bei der Beratung der Steuerreform am Freitag zu einer interessanten, aber nicht erfreulichen Aussprache. Aus dem bekanntlich ziemlich reaktionären Regierungskontrollrat hat das Folkething die sogenannten „Jungens-Jaden-Paragrafen“, durch die das Steuererhebungsrecht der Kommunen so beschränkt werden sollte, daß ein Viertel der Mitglieder in den Gemeindevorteilungen jede Steuererhöhung verhindern könnte, entfernt. Nun erklärte der Vorsitzende der Konservativen im Landsting, er werde das Ministerium stützen, wenn diese Paragrafen dem kommunalen

Steuererhebungsrecht wieder einverleibt würden, und der Sprecher der ländlichen Liberalen meinte darauf: Das sei eine ganz untergeordnete Frage, daran dürfe man das Gesetz nicht scheitern lassen. Wegen diese Ausschüsse wandten sich ganz energisch der Vorsitzende der Kopenhagener Liberalen und der liberale Kopenhagener Bürgermeister Vorup. Dieser sagte u. a.: Dieser Angriff auf die Selbstverwaltung der Kommunen sei eine eigentümliche Frucht des Systemwechsels. — Merkwürdig war auch die Rede des Ministers des Innern; er wolle, sagte er, nicht an die Steuerverhältnisse Kopenhagens rühren, denn er könne dadurch leicht die Forderung nach einem anderen Wahlgesetz hervorrufen, das soll selbstverständlich heißen: nach einem reaktionären Wahlgesetz, vielleicht dem Zweiklassen-Wahlssystem, wie er kürzlich in der konservativen Presse als Äquivalent für die steigende Steuerlast verlangt wurde. Bekanntlich gehört die Wahlrechts-Reform auch zu dem Programm des jetzigen Ministeriums, aber eine Reform in demokratischer Richtung. —

Rußland.

In dem Moment auf den Ober-Polizeimeister Trepon wird gemeldet: Nach Mitteilungen der Wälder war die Hauslehrerin Klart, welche den Ober-Polizeimeister Trepon in dessen Arbeitszimmer erschiesse wollte, wegen Teilnahme an den Februar-Unruhen in Haft genommen worden. Vor drei Tagen war sie auf Veranlassung des Ober-Polizeimeisters ihres krankehaften Zustandes wegen und auf Bitten ihrer Mutter aus der Haft entlassen worden.

Afien.

Die Räumung der Mandchurei und die Occupation Tiensins. Die „Times“ berichten aus Peking von gestern, Rußland zeige in der Frage der Mandchurei-Konvention noch immer eine nachgiebige Haltung. Es wolle auch die Zurückziehung von Rußland nicht grundsätzlich von der Aufhebung der provisorischen Verwaltung von Tiensin abhängig machen, sondern wolle binnen acht Monaten vom Tage der Unterzeichnung der Konvention an seine Truppen zurückziehen ohne Rücksicht darauf, ob die provisorische Verwaltung Tiensins dann noch fortbestehe oder nicht.

Nach amtlichen Berichten aus Rußschwang entfallen die Klaffen dort rege Tätigkeit auf militärischem Gebiet. 10 000 Mann wurden kürzlich aus dem Innern des Landes nach Port Arthur geschickt. Viele Rekruten treffen in Rußschwang und andern Orten ein und ausgebildete, für weiteres Fortbestehen berechnete Telegraphenanlagen werden in der Umgegend von Rußschwang errichtet.

Der Boeren-Krieg.

Das Eisenbahnunglück bei Daberton.

Aus Daberton (Transvaal) wird gemeldet: Der Lokomotivführer des hier verunglückten Zuges verlor die Herrschaft über den Zug, als dieser einen Abhang hinabfuhr. Auf eine Entfernung von drei Meilen hatte der Zug eine Geschwindigkeit von 80 Meilen in der Stunde. An einer scharfen Kurve entgleiste die Maschine und stürzte mit sechs von Soldaten besetzten Gepäckwagen um. Der Kessel der Maschine explodierte dabei. Der Heizer, Lokomotivführer, 35 Soldaten und ein Zivilist wurden getötet. Von den Verwundeten, die sofort in das hiesige Krankenhaus gebracht wurden, erlagen bisher sechs ihren Verletzungen.

Lord Wolseley

ist, wie aus Kapstadt gemeldet wird, aus England kommend, dort eingetroffen und reist am Donnerstag nach Natal weiter.

Keine Unterwerfung.

Mitsch, 2. April. (S. P.) Eine hier stattgefundene Konferenz der Boerenführer beschloß, an der vollständigen Unabhängigkeit der Boeren unerschütterlich festzuhalten.

Aus Industrie und Handel.

Ueber den Beschäftigungsgrad in den sächsischen Braunkohlen-Gruben.

wird uns von sachkundiger Seite über die Lage bei Beginn des neuen Vierteljahres geschrieben: Die ersten drei Monate des Jahres 1902 haben in sächsischen Braunkohlenbau ein gänzlich anderes Aussehen gezeigt als das vorangegangene Jahr; während im Jahre 1901 hier noch die volle Förderung ungescholten werden konnte, ist dies in dem verfloßenen Teile des Jahres 1902 fast nirgends mehr der Fall gewesen. Es giebt hier Gruben und Briquettenwerke, die wochenlang nur 6 Stunden täglich arbeiten ließen. Und wenn seit einiger Zeit die zehnjährige Schicht wieder eingeführt ist, so sind dafür andererseits jetzt Feierlichkeiten allgemein gebräuchlich geworden. In engeren Kreisen giebt es Gruben, die im Februar 10 Feierlichkeiten einlegten, der März wies kaum weniger bringen, da der Abzug außerordentlich hoch. Kohle, Briquetts und Raschpfeite liegen in nie geübener Fülle auf Lager, die Werke wissen nicht wohin damit. Das wöchentlich nur fünf Tage gefördert wird, ist fast allgemeine Regel, im Zeit-Weigens-Revier sind aber nicht wenige Gruben wöchentlich nur vier Tage voll im Betrieb. Infolge ihres höheren Brennwertes macht die böhmische Braunkohle der hiesigen scharfe Konkurrenz, besonders jetzt, wo auch die böhmischen Gruben unter starkem Abzugsanfall im Inlande leiden, deshalb erbebt billiger Auslandspreise stellen. Am allschlimmsten ist die Lage noch im Leipziger Braunkohlenbecken, dort sind bisher noch fast alle Gruben ständig im Betrieb gewesen und haben ihre Förderziffer fortgesetzt erhöht. Die Gruben in der Lausitz dagegen befinden sich mit wenigen Ausnahmen in recht trauriger Lage. Feierlichkeiten wechseln ab mit Lohnherabsetzungen und Arbeiterentlassungen. Diese haben schon auf den größten, bestausgerüsteten Werken statt. So entließen die Zeitzer Solar- und Porzellanwerke etwa 200 Arbeiter; die Werken-Weitzenfelder Braunkohlenwerke kündigten im März namhafte Belegschaftsteile; auch die Niederbayerischen Montanwerke nahmen Kündigungen vor. Auf den Gruben im engeren Hasser Bezirk stehen dem Vernehmen nach größere Arbeiterentlassungen bevor, wenn nicht bald ein Umschwung zum Besseren eintritt. Vieles sind die Belegschaften vor die Alternative gestellt worden: entweder Lohnabzüge oder Kündigungen. Die bloße Androhung der Kündigung hat genügt, die Belegschaften zur stillschweigenden Ertragung der Lohnabzüge gezwungen zu machen. Der Hauerlohn ist im sächsischen Braunkohlen-Revier durchschnittlich von 4.50 auf 3.20—3.50 M. für die 10 bis 11stündige Schicht herabgedrückt. Tagesarbeiter und weibliche Arbeiter erhalten im allgemeinen heute nur noch 2.50—1.00 M. Vieles ist es hier köstlich, einen „Minimallohn“, z. B. 1.50 M. für Hauer, anzurechnen und ihm eine gewisse Zahl Arbeiter geforderter Wagen gleich zu setzen. Was mehr geliefert wurde, kam als „Prozent“ oder „Accordzuschlag“ zur Auszahlung. Das ist heute nicht mehr der Fall. Die Arbeiter erhalten nur noch den „blanken Schichtlohn“, die Förderung mag noch so sehr das Mindestmaß übersteigen. Ueberdies ist das Mindestmaß (an Wagenzahl) hinauf, der „Normallohn“ herabgesetzt. Wie in allen großindustriellen Betrieben sind auch hier die Lebensmittelpreise bedeutend gestiegen, und es herrscht eine enorme Mietssteigerung. Das wird jetzt bei einem um 30 bis 40 Prozent gemehrten Einkommen von den Arbeitern und den Geschäftleuten, deren Kunden sie sind, doppelt schwer empfunden.

Der Norddeutsche Lloyd, unsere zweite große Schiffsahrtsgesellschaft, verzeichnet in seinem Geschäftsbericht gleichfalls einen Rückgang des Betriebsergebnisses. Wie bei der Kaiserliche Reichsgesellschaft ist dieses Ergebnis auf den Rückgang der Frachten zurückzuführen, während der Passagierverkehr zum Teil den ungünstigen Abschluß noch besser konnte. Der Betriebsergebnis betrug im Jahre 1901 23 064 024 Mark gegen 27 397 157 Mark im Vorjahre. Der Reingewinn sank von 10 329 055 Mark im Vorjahre auf 5 345 407 Mark in diesem Jahre. Zur Verteilung gelangen

6 Proz. Dividende, gegen 8 1/2 Proz. im Jahre 1900. Ueber die getroffenen internationalen Vereinbarungen der Schiffahrtsgesellschaft ist auch dieser Bericht sehr schweigsam, er sagt nicht mehr, was die Kaiserliche Reichsgesellschaft für notwendig hielt, ihren Aktionären zu unterbreiten. Auch diese Gesellschaft will ihr Aktienkapital erhöhen. Es sollen 20 Millionen neuer Aktien veräußert werden; 10 Millionen sind bereits im Vorjahre genehmigt, ohne daß sie zur Ausgabe gelangten, nunmehr werden weitere 10 Millionen verlangt. Die Gesellschaft glaubt damit allen Anforderungen, die die Neubauten verursachen, ausprechen zu können.

Der amerikanische Stahltrust veranschlagt den Reingewinn für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr auf 111 067 195 Dollar. Die siebenprozentigen Vorzugsaktien erhalten die volle Verzinsung, die Stammaktien 4 Proz.

Die Direktoren der Steel Corporation genehmigten den Plan, siebenprozentige Vorzugsaktien im Betrage von 200 Millionen zurückzuziehen und fünfprozentige Bonds in Höhe von 250 Millionen auszugeben. Der Plan wird den Aktionären zur Genehmigung unterbreitet werden. Derartige Transaktionen gehören nicht zu den soliden, wenn auch an der festen Zinsquote gespart wird, so erhöht sich das Aktienkapital, ohne daß eine reale Grundlage dafür geschaffen ist. Diese nominelle Vergrößerung des Kapitals bezeichnet man gewöhnlich als eine Verwässerung des Aktienkapitals. Es muß also für nicht vorhandenes, rein spekulatives Kapital eine Verzinsung geschaffen werden, die für eine Gesellschaft dann verhängnisvoll werden muß, wenn schlechte Geschäftsjahre eintreten. Diese Verzinsung ist aber gerade jetzt zu hegen, wo der Trust unter einer überschwenglichen, ungesunden Entwicklung bald unter einer abwärts gehenden Konjunktur schwer bedroht werden kann. Natürlich fließt bei dieser Umwandlung des Aktienkapitals wieder eine beträchtliche Summe in die Taschen der Gründer, sie sind auch die meist-interessierten an solchen Schiebungen.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenorganisation in Oesterreich. Sonntag hat sich in Wien eine neue Frauenorganisation konstituiert; es ist der „Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen“, der erste Frauenverein in Oesterreich, der im Titel seine Parteizugehörigkeit zum Ausdruck bringt. Lange mühten die Genossinnen des zweiten Wiener Wahlkreises, für welchen der Verein gegründet wurde, warten, sie hatten einen langen Kampf um die Organisation zu führen. Dreimal wurden die Statuten zurückgewiesen, bis es endlich der niederösterreichischen Statthalterei beliebt wurde sie zu genehmigen. Das Hauptziel des Vereins ist, Bildung und Aufklärung unter den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zu verbreiten, sie zu Sozialdemokratinnen zu erziehen. Der Konstituierung des Vereins, der seinen Sitz auf der Landstraße hat, wird bald die Gründung einer Ortsgruppe in Favoriten folgen, wo sich schon viele Frauen zum Beitritt gemeldet haben. Als Monatsbeitrag werden 30 Heller erhoben.

Außer diesem Verein hat sich noch ein zweiter konstituiert, der „Verein der Heimarbeiterinnen und aller im Hause beschäftigten Frauen und Mädchen“. Dies der offizielle Titel. Diese Organisation will den Versuch machen, wenigstens einen Bruchteil der Heimarbeiterinnen aufzurichten und sie fähig zu machen, ihre trostlose Lage einigermaßen zu verbessern. Es sollen eine Reihe von Unterstützungsvereinen eingeführt werden, wie Entbindungsbereit, Gewährung einer Aushilfe bei außerordentlichen Notfällen, Arbeitsvermittlung, Gewährung von Rechtschutz etc. Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ soll obligatorisch eingeführt werden. (Auch im Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen). Die Centrale des Vereins der Heimarbeiterinnen hat auch bereits eine hübsche Mitgliederzahl und sollen demnächst zwei Ortsgruppen gegründet werden.

Auch dieser Verein konnte nicht ohne weiteres seine Tätigkeit beginnen, da seine Statuten ebenfalls von der Statthalterei einmal zurückgewiesen wurden.

In Tirol, wo das Kellnerinnenwesen stark verbreitet ist, wurde es jüngst unternommen, Material über die Lage der „weißen Sklavinnen“ in Innsbruck zu gewinnen. Wie manch andres Elend unter einer stilleren Außenseite verborgen wird, so auch bei den Kellnerinnen. Es wurde festgestellt, daß die Arbeitszeit der im Gast- und Schankgewerbe bediensteten Mädchen 16 bis 19 Stunden beträgt. Ihr Lohn ist ein sehr niedriger oder sie bekommen überhaupt nichts als das Trinkgeld, dessen Größe davon abhängt, ob sie mit den Gästen mehr oder weniger liebenswürdig sind, sehr oft davon, ob sie gewillt sind, sich Rohheiten und Gemeinheiten gefallen zu lassen. Wahre Höllequalen sind es, die so ein Mädchen von betrunknen Gästen erduldet. Sie dürfen sich nicht von ihrem Posten rühren und wenn es noch so spät wird, da sie sonst das Trinkgeld, ihr einziges Einkommen, verlieren. Mancher Wirt im frommen Land Tirol entblödet sich nicht, den Kellnerinnen zuzumuten, sich direkt zu prostituieren. Die Kost ist schlecht, oft ungenießbar, die Mädchen sind häufig gezwungen, ihre blätter verdienenden Arzener anzugeben, wenn sie satt werden wollen. In all dem Jammer fehlt den Kellnerinnen auch noch die Zeit, sich aufzuklären und mit den Leidensgenossinnen zu gemeinsamem Vorgehen zu organisieren. Falls sie doch genöthigt zur Mäßigkeit auf ihr Lager, wenn sie endlich von der Sklaventeile für einige Stunden loskommen.

Nun aber besteht doch die Absicht, die Kellnerinnen zu einer Versammlung einzuberufen, um ihnen auf diesem Wege zur Schaffung einer Organisation zu verhelfen und durch die öffentliche Besprechung ihrer furchtbaren Lage das Publikum für sie zu gewinnen.

Gewerkschaftliches.

Streiks und Aussperrungen im 4. Quartal 1901.

Zur Statistik der Streiks und Aussperrungen bringt das 1. Vierteljahrsheft 1902 zur Statistik des Deutschen Reichs eine summarische Uebersicht der Streiks im Deutschen Reich im 4. Vierteljahr 1901, Nachträge zur Uebersicht für das 3. Vierteljahr 1901 und eine summarische Uebersicht der Aussperrungen im Deutschen Reich im 4. Vierteljahr 1901.

Vor dem 1. Oktober 1901 begannen und vor diesem Tage nicht beendet wurden 30 Streiks, wovon 20 im 4. Vierteljahr beendet wurden. Von den 116 im 4. Vierteljahr 1901 begangenen Streiks wurden 105 im 4. Vierteljahr beendet, so daß 131 Streiks beendet wurden. Betroffen wurden 252 Betriebe, wovon 88 zu völliger Stillstand kamen. Die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden Arbeiter betrug 5836, die Höchstzahl der gezwungen feiernden Arbeiter 1727.

Zu dem am 1. Oktober 1901 noch nicht beendeten einen Ausgesperrten kamen im 4. Vierteljahr 5 neue hinzu; 3 Aussperrungen wurden beendet. Die Höchstzahl der gleichzeitig ausgesperrten Arbeiter betrug 3179, wovon 2197 in 13 Meccaner Webereibetrieben, 727 in einer Lübecker Schiffswerft, 255 in einer Weberei in Seifewitz. Die Weberei-Accordarbeiter hatten keinen, die Werftarbeiter vollen Erfolg.

Deutsches Reich.

Die Hutarbeiter und Arbeiterinnen Breslans sind in eine Bewegung getreten, um die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde zu erlangen. Bisher betrug die Arbeitszeit 10 1/2 Stunden, ausschließlich der Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen. Eine Kommission ist beauftragt, den Fabrikanten die Forderung zu unterbreiten.

Auch die Stuccaturen in Breslau sind in eine Lohnbewegung getreten. Obgleich der zwischen den Breslauer Stuccaturen und ihren Gehilfen vereinbarte Lohnvertrag noch nicht abgelaufen ist, haben die drei größten Firmen, nämlich Willborn und Böhm, sowie Stumminger u. Goldbe dem Vorstande des Verbandes einen neuen Tarif eingeleitet, welcher gegen die bisher bestehenden Lohnsätze für die Gehilfen ganz beträchtliche Verschärfungen bedingt. Die Gehilfenschaft erklärte diesen Tarif für vollkommen

unannehmbar und beauftragte eine Lohnkommission, den Unternehmern einen neuen Tarif zu unterbreiten, der gegen den bisherigen nur unwesentliche Verbesserungen enthält. In einer am Ostermontag abgehaltenen, zahlreich besuchten Versammlung wurde nach längerer Debatte, die sich hauptsächlich darum drehte, ob man nicht besser für den Erfolg der Accordarbeit durch die Lohnarbeit eintreten solle, gegen zwei Stimmen beschlossen, an dem von der Lohnkommission ausgearbeiteten Tarif unter allen Umständen festzuhalten; sollten aber die Unterhandlungen mit den drei genannten Firmen scheitern, dann sollte mit der Forderung des Stundenlohnes an Stelle des Accordsystems hervorgetreten werden.

Die Arbeitgeber im Schreinerergewerbe zu Frankfurt a. M. haben eine „Arbeitsordnung“ ausgearbeitet, welche sie „ihren“ Arbeitern anzuquittieren gedenken. Nach dem Muster der Berliner Innungsmeister wollen sie nicht nur die Kontrollbücher oder sogenannte Entlassungsscheine einführen, nein, sie wollen auch die in einem großen Teil der frankfurter Betriebe eingeführte unzulässige Arbeitszeit wieder um eine halbe Stunde pro Tag verlängern. Ueberhaupt soll es dem in der neuen Arbeitsordnung so oft genannten Vorgesetzten ganz überlassen bleiben, die Arbeitszeit in der Zeit von morgens 7 bis abends 7 Uhr festzusetzen, und wenn erforderlich, dieselbe je nach Bedarf zu verlängern oder zu verkürzen. Der Unterebene muß sich gehorsam, ohne Vergütung für Ueberstunden, fügen und hat stets das Beste seines Arbeitgebers mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft zu fördern. — Die Holzarbeiter in Frankfurt sind aber so wenig wie ihre Berliner Kollegen gewillt, sich dem Unternehmertum widerstandslos zu unterwerfen.

Die Bauunternehmer in Halberstadt haben 240 Maurer, 190 Zimmerer und 120 Banarbeiters ausgesperrt, nachdem die seit Dezember geführten Verhandlungen trotz der Vermittlungsversuche des ersten Bürgermeisters Dr. Dehler gescheitert sind. Die Aussperrung erfolgte, weil die Arbeiter eine Lohnerhöhung forderten und die Accordarbeit verweigerten. Die Aussperrung erfolgte nur bei Arbeitgebern, welche dem Arbeitgeber-Verband angehören. Beschäftigt sind noch bei den nicht organisierten Unternehmern 60 Maurer, 2 Zimmerer und 20 Bauhilfsarbeiter. Bei der streikenden Organisation der Bauhandwerker und bei den gestaffelten Verbänden sehen die Arbeiter dem Kampfe mit Seelenruhe entgegen.

Ueber die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in Köln gehen durchaus irrtümliche Mitteilungen durch die Presse. In dem Jahresbericht des Kölner Gewerkschaftsartikels befindet sich eine Statistik, an der sich nur 15 von den 47 dortigen Gewerkschaften beteiligen haben. Diese fünfzehn Gewerkschaftsartikels haben insgesamt 1688 Mitglieder. Und nun melden die Blätter, die sich mit dem Jahresbericht befassen, daß es in Köln nur 1688 in freien Gewerkschaften organisierte Arbeiter gäbe. In Wirklichkeit beläuft sich die Zahl auf etwa 4000.

Die Maler, Lackierer und Anstreicher Sachsens beschlossen auf ihrem Provinzialtag in J. w. d. a. u., um die Agitation noch besser und wirksamer betreiben zu können, für Sachsen einen eignen besoldeten Beamten anzustellen.

100 Textilarbeiter ausgesperrt! Die Spinnerei-Arbeiter der Firma Hertzmann Schönfeld in Grimmitzschau, die zu den niedrigst bezahlten Arbeitern am Orte gehören, hatten vor etwa einer Woche um eine Lohnerhöhung von 50 Pf. pro Woche ersucht. Jeder Versuch, mit dem Unternehmer zu unterhandeln, scheiterte an dessen Verhalten. Er schob die Arbeiter zur Thür hinaus; als sie sich schriftlich an ihn wandten, warf er das Schriftstück auf den Hof. Als am Sonnabend eine Kommission bei dem Herrn vorstellig wurde, sperrte er einfach alle Arbeiter aus! — Von einer Fabrik, dessen Besitzer so die Menschewürde im Arbeiter respektiert, dürfte der Zugang wohl ohne besondere Aufforderung dazu fernbleiben.

Der Frieden in Greiz ist leider durch das Verhalten einzelner Fabrikanten, welche trotz gegebenen „Ehrenworts“ maßregeln, gefährdet. Die Maßregelungen betreffen Leute, auch Arbeiterinnen, die während des Streiks Kommissionsmitglieder waren. Bei dem geschlossenen Auftreten der Arbeiter sind die Fabrikanten in den meisten Fällen gezwungen, die Maßregelungen wieder zurückzunehmen; leider wird aber durch das unqualifizierbare Vorgehen derselben die Gefahr umfassender Abwehrmaßregeln seitens der Arbeiter herauf beschworen.

Ausland.
Der Diamantarbeiter-Streik in Amsterdam ist nach dem „Wolffschen Bureau“ beendet. Wie daselbe aus Amsterdam berichtet, ist es dem Komitee, welches sich am 14. vor. M. gebildet hatte, um den Frieden in der Diamanten-Industrie wieder herzustellen, gelungen, die größten der Arbeitgeber und Arbeitervereine bestehenden Privilegien zurückzugeben. Ein entsprechendes Protokoll ist am 1. April abends abgefaßt und von beiden Seiten unterzeichnet worden. Die Aussperrung der Arbeiter ist damit aufgehoben und die Arbeit kann wieder aufgenommen werden.

10 000 Grubenarbeiter der „Mooseher and Pittsburg Coal and Iron Company“ sind nach einem Telegramm des „Wolffschen Bureau“ aus Altoona (Pennsylvania) in den Ausstand getreten. Die Arbeiter fordern, daß zur Förderung der Kohlen aus den Minen Pfanzen verwendet werden.

Gerihts-Zeitung.

Wirkungener Versuch einer neuen Anwendung des § 2 des Vereinsgesetzes. Der Vorstehende habe von der Abteilung Friedrichsort des deutschen Werkstarbeiter-Verbandes war wegen Vergehens gegen den § 2 des Vereinsgesetzes angeklagt worden, weil er der Aufforderung der Polizeiverwaltung, ihr die Mitglieder des neu gewählten Vorstandes zu nennen, nicht genügt hatte. Das Landgericht hielt als Berufungsinstanz erkannt jedoch gleich dem Amtsgericht auf Freisprechung und führte aus: Der Werkstarbeiter-Verband sowie seine Abteilung Friedrichsort sei allerdings ein Verein, der gemäß § 2 des Vereinsgesetzes eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke, denn sein Ziel, die Verbesserung der Verhältnisse seiner über ganz Deutschland verbreiteten Mitglieder, könne er ohne eine solche Einwirkung nicht verwirklichen. Somit wäre der Vorsteher der Filiale Friedrichsort an sich verpflichtet, der Polizei u. a. Aenderungen der Mitglieder zu melden und auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu erteilen. Von einer solchen Auskunft könne aber hier, wo es sich nur um die Vorstandswahl handelte, nicht gesprochen werden, denn die Wahl des Vorstandes bringe eine Aenderung der Vereinsmitglieder im Sinne des § 2 überhaupt nicht mit sich. Der Angeklagte habe das Verlangen der Polizei deshalb mit Recht nicht beachtet. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und der Oberstaatsanwalt schloß sich dem Rechtsmittel an, indem er geltend machte, es handele sich im vorliegenden Falle doch um eine polizeiliche Auskunftsforderung über eine Mitgliederänderung. Es sei eine Aenderung der Vereinsmitglieder, wenn andre Mitglieder, als bisher im Vorstand waren, hineingewählt würden. Die Auffassung des Landgerichts würde es der Polizei unmöglich machen, sich über die Zusammensetzung des jeweiligen Vorstandes zu informieren. Das könne der Befehlgeber nicht gewollt haben.

Das Kammergericht wies die staatsanwaltliche Revision mit folgender Begründung ab: Der § 2 des Vereinsgesetzes verlange nur die Einreichung der Statuten und des Mitgliederverzeichnis, die Anzeige der Aenderung von Statuten und Mitgliederverzeichnis, sowie die Erteilung jeder darauf bezüglichen Auskunft, nicht aber die Mitteilung des Resultats einer Vorstandswahl. Die Polizei habe zwar unweifelhaft ein Recht auf Kenntnis der Namen der Vorstandsmittelglieder, sie könne sich jedoch diese Namen nicht mit Hilfe des

Vereinsgesetzes verschaffen, sondern müsse es auf andre Weise thun. — Falls sei es, wenn der Oberstaatsanwalt sage, die in den Vorstand gewählten Personen hätten auf Mitglieder zu sein, Vorstandsmittelglieder blieben immer Mitglieder des Vereins. — Der Senat legte auch die baren Auslagen des Angeklagten der Staatskasse auf.

Das die Aufnahme in eine „Schwarze Liste“ eine persönliche Ehrenkränkung der damit bedachten Personen darstellt, hat das hiesige Schöffengericht geteilt in einer Privatklage des Inhabers eines Annoncenbureaus Mag. Gerstmann wider den Redacteur der Fachzeitschrift „Der Zeitungs-Verlag“, Gustav Schmid in Hannover, ausgesprochen. Das für die Interessen des Vereins der Zeitungsverleger wühlende Fachblatt hat eine Rubrik unter der Ueberschrift „Schwarze Liste“ eingerichtet, in welchem diejenigen Offerten zu mitgeteilt werden, vor denen nach Ansicht der Redaktionen die Zeitungsverleger zu warnen sind. In diese Rubrik war auch Herr Gerstmann gesetzt und dies in der Hauptausgabe des Blattes damit begründet worden, daß dieser mit einem gar nicht existenzfähigen Annoncen-Unternehmen an die Zeitungs-Verleger herantreten sei. Der „Zeitungs-Verlag“ hat nun neben seiner Hauptausgabe noch eine wesentlich der Propaganda dienende und deshalb gratis verbreitete Nebenausgabe, die in einer kurzen Inhaltsangabe den Inhalt der betreffenden Nummer der Hauptausgabe mitteilt. Hier waren ohne jede weitere Erläuterung in der Rubrik „Schwarze Liste“ mehrere Namen, darunter auch der des Privatklägers, mitgeteilt worden. Als Sachverständige wurden Dr. Rosenbaum und Paul Kluge, Beamter der Expedition der „Vossischen Zeitung“ vernommen. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen Verleumdung zu 90 M. Geldstrafe eventuell 6 Tagen Gefängnis. Das Schöffengericht war der Meinung, daß die bloße Eintragung des Namens des Privatklägers in die „Schwarze Liste“ eine ehrenkränkende Herabsetzung desselben enthält, daß aber auch die in der Hauptausgabe gegebene Erläuterung nicht nur das Unternehmen, sondern auch die Person des Privatklägers herabsetze. Dem letzteren wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Dies Urteil ist insoweit von Beachtung, als es Arbeitern noch niemals gelungen ist, mit einer Klage durchzugehen, wenn Unternehmern sie in einer schwarzen Liste verzeichnet und dem Hungerlode preisgegeben hatten. Wir wissen diesen Augenblick nicht, ob derart drangalierte Arbeiter im Klagefalle den Verleumdungsvorwurf herangezogen haben; immerhin kann für sie das Urteil des Schöffengerichts von Belang sein.

Die „Träume“ der Trödlerin und Kartenlegerin Frau Reumann aus der Brangelstraße spielten eine gewisse Rolle bei der gestern gegen sie vor der 8. Strafkammer verhandelten Angelegenheit wegen Diebstahls. Frau Reumann steht in freundschaftlichen Beziehungen zur vierten Dimension, betreibt die Kartenlegerei unter großem Zuspruch vertrauensvoller Leute und hat manchmal Visionen. Sie hatte geschäftliche Verbindung mit einem in demselben Hause wohnenden Nesterbändler S., den sie häufiger besuchte, wenn sie kleine Einkäufe machte. Mehr als einmal kam es vor, daß Herr S. sich von ihr die Karten legen ließ und daß sie ihm allerlei dunkle Andeutungen über Diebstähle, die bei ihm ausgeführt würden, machte. Dann wieder erzählte sie ihm von einem Traum, den sie gehabt habe: sie deutete wieder auf einen Diebstahl an einem ganz bestimmten Kleiderstoff hin, und Herr S. konnte nach einer solchen Erzählung fast immer feststellen, daß ihm aus seinem Lager etwas abhandeln gekommen war. Die Sache wurde ihm unheimlich. Da liefen bei der Polizei anonyme Briefe ein, welche Frau Reumann beschuldigten, gestohlene Sachen aufzukaufen. Als solche wurden namentlich Zithern und andre Musikinstrumente genannt, die aus einer hiesigen Fabrik gestohlen seien, ferner Ledertücher und andre mehr. Als die Kriminalpolizei bei ihr Hausdurchsuchung abhielt, wurden tatsächlich solche Gegenstände in großer Zahl vorgefunden, außerdem aber auch Stoffe und andre Sachen, die aus dem Geschäft des Nesterbändlers S. herhörtren und selbstamerweise denen sehr ähnlich waren, die Frau Reumann „im Traume“ gesehen haben wollte. Sie behauptete, daß sie alle diese Gegenstände ehrlich erworben habe und da, wo dies etwas unschlüssig erschien, nämlich bei den Musikinstrumenten, berief sie sich auf den bekannten „großen Unbekannten“. Obgleich es in den einzelnen Fällen sehr schwer war, festzustellen, ob die bei ihr vorgefundenen Sachen aus den betreffenden Geschäften gestohlen oder dort gekauft worden waren, hielt der Staatsanwalt nach der ganzen Situation doch gewerds- und gewohnheitsmäßige Hecherei für vorliegend und beantragte 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus. Der Gerichtshof verurteilte sie nur wegen einfacher Hecherei in zwei Fällen zu 5 Monaten Gefängnis, die durch die erlittene Unterdrückungshaft als verübt erachtet wurden. — Eine mitangeklagte Verkäuferin des Nesterbändlers, von der ursprünglich angenommen worden war, daß sie mit der Reumann unter einer Decke steckte, wurde freigesprochen.

Verfassungen.

Die Payer beschäftigten sich am Donnerstag in einer zahlreich besuchten Versammlung mit der Frage: Wie stellen wir uns bei der jetzigen Konjunktur zu den vorjährigen Beschlüssen? Reumann, der hierüber referierte, führte aus, daß die früher gewonnenen Positionen vielfach durchbrochen würden und namentlich auch bezüglich der Trägerfrage die festgesetzten Bedingungen nicht aufrecht erhalten würden. Auch hinsichtlich der Arbeitszeit werde viel geändert, die diesbezüglichen Bestimmungen des Maurer-Vertrages würden nicht eingehalten und dazu würde die Arbeitslosigkeit häufig ganz übermäßig anspannen. Außerdem wies der Referent auf verschiedene andre Mängel hin und erklärte: Um eine Besserung zu erzielen, sei es unbedingt notwendig, daß sämtliche abgeschlossenen Verträge dem Bureau zur Einsicht vorgelegt werden. Die Einführung des Lohnsystems an Stelle des Accordsystems hält der Referent für das Payergewerbe nicht für unbedingt vorteilhaft, weil dadurch der Bildung eines Zwischenmeisterturns Vorstoß geleistet werde. — Ueber diesen Punkt wurden in der lebhaften Diskussion verschiedene Meinungen geäußert, namentlich trat Simanowski entschieden für die Einführung des Lohnsystems ein. Schließlich wurde folgende Resolution mit allen gegen 11 Stimmen angenommen: „Die heute am 27. März im Gewerkschaftshaus tagende öffentliche Versammlung der Payer Berlin und der Vororte beschließt: I. Daß alle Verträge, die mit den Arbeitgebern abgeschlossen sind, der Zeitung des Verbandes der Payer zur Begutachtung vorgelegt werden. Gründe: Es sind in letzter Zeit vielfach Verträge abgeschlossen worden, worin den Payern ihre Pflichten auferlegt werden, der Arbeitgeber sich aber alle Rechte vorbehält, was laut Gewerbe-Ordnung unzulässig ist. Ganz besonders verpflichten sich die Kollegen, die vom Arbeitgeberbund herausgegebenen Muster-Verträge nicht anzuerkennen. II. Als ganz besonders schädlich erachtet es die Versammlung, daß bei einzelnen Kolonnen immer wie auch so intensiv gearbeitet wird, daß das Wort „Schulderer“ als noch zu gelinde dafür bezeichnet werden muß. Die Versammelten verpflichten sich, im Accord nur so zu arbeiten, daß es der Lohnarbeit gleich zu achten ist, und dort, wo besonders schlechte Preise gezahlt werden, der Kommission sofort Mitteilung zu machen. Kann diese dann mit dem Arbeitgeber keine Einigung erzielen, so soll die Arbeit niedergelegt werden. Bei allen neuen Abmachungen soll die Ausschließung des Trägers aus dem Accord verlangt werden. III. Die Payer verpflichten sich, in der energischsten Weise für die Freisetzung der großen Missethäter auf den Bauten einzutreten (Errichtung guter Bauten, Worte usw.). IV. Des weiteren verpflichten sich die Payer, alle Arbeiten, die außerhalb der Payerarbeit liegen und von den Arbeitgebern in letzter Zeit in die Verträge aufgenommen wurden, wie nachträgliches Pfeifen, Säulenbau, Däbel eingipsen, nachträgliches Nacharbeiten der Fenster, auch wie innen, unter keinen Umständen im Accord zu machen, denn das ist nicht eine Einschränkung, sondern eine Er-

weiterung der Accordarbeit und kann von der Gesamtorganisation nicht gutgeheißen werden.“

Darauf referierte Schulz über den Bauarbeiterschuß in Preußen und ging auf die bekannte Petition an das Abgeordnetenhaus ein. Diese sowohl wie die darauf bezügliche Resolution wurde einstimmig gutgeheißen.

Des weiteren beschloß die Versammlung einstimmig, den 1. Mai durch vollständige Arbeitseruhe zu feiern. Die Raterversammlung findet bei Keller statt. Die nächste Mitglieder-versammlung findet Sonntag nach Ostern statt.

Die Schlächtergefallen Berlins hielten Freitagabend in der Arminkolonne eine Versammlung ab, in der die Präferenzfrage und Rahmungsmittel-Fähigung, die Verantwortlichkeit der Gefellen bei Verwendung von Konservierungsmitteln, sowie Farben und sonstigen Stoffen, die Tagesordnung bildete. Bereits seit längerer Zeit, so führte der Referent an, habe der Verband die Präferenzfrage u. a. zur Verhandlung bringen wollen, da keine Woche vergehe, ohne daß dem Verbands Anzeigen über Beratungen wegen Verwendung dieser Salze u. a. zuzugingen, bei denen die Gefellen in mehr oder minder harter Weise in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Fast in allen Fällen berufen sich die Meister darauf, wenn sie zur Verantwortung gezogen werden sollen, daß sie ihren Gefellen Anweisung gegeben haben, nur ganz wenig von den fraglichen Konservierungsmitteln oder überhaupt keine zu verwenden. Es ist mir ganz genau bekannt, so fährt Redner fort, wie in einem solchen Falle der Meister mit 150 M. und der Gefelle mit 100 M. bestraft worden ist. In seiner Entschuldigung hat hier der Meister vor Gericht erklärt, er habe sich in dieser Beziehung auf seinen Gefellen, der über 30 Jahre alt und ihm als zuverlässig bekannt sei, verlassen. — Weigere sich ein Gefelle Präferenzsalz u. a. zu verwenden, so könne er ganz sicher sein, in aller kürzester Zeit aus irgend einem Grunde entlassen zu werden. Selbst wenn ein Gefelle der jetzt noch gültigen Vorschrift „30 Prozent“ derartiger Salze zu verwenden nachkommen will, so ist er beim besten Willen nicht dazu in der Lage, da, soviel mir bekannt, erklärt Redner, kein Fleischermeister im Besitze einer so feinen Waage ist, um eine derartige winzige Menge abzuwiegen zu können; es bleibt daher bei der gewöhnlichen Manier, „Fingerspitzenwoll“ von den Salzen u. a. zu verwenden. Daß dann zuweilen das drei- oder vierfache des Erlaubten zugefügt wird, wie Gerichtsverhandlungen ergeben haben ist nicht zu verwundern. Redner verbreitet sich sodann in seinen Ausführungen über die Fälsche von Wasser (70 Proz. zur Würst, Knoblauch usw.), Farbstoffe, Kartoffelmehl, Eier usw., verurteilt alle diese Manipulationen, die mehr oder weniger nur darauf hinausgehen, das Publikum über die Qualität der Waren zu täuschen und dem Meister unerlaubte Vorteile zu verschaffen. Ebenso verurteilt Redner die künstliche Mästung (Läsen usw. in 4 bis 6 Wochen Zeit zu machen); das Fleisch solcher Tiere sei entschieden minderwertig und ohne Zusatz von Konservierungsmitteln schwer verkäuflich; diese Mästung sei schon im Interesse einer guten Volksernährung gesetzlich zu verbieten. — Für die Gefellen entsehe nun die Frage: „Haben alle diese Vorgänge einen Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Gefellen?“ Diese Frage ist unbedingt zu bejahen! Wenn alle vorgenannten verwerflichen Hilfsmittel verboten werden und dieses Verbot streng durchgeführt wird, so sind die Meister gezwungen, wieder sachmäßig gebildete Gefellen einzustellen, damit das Fleisch wieder sachgemäß, wie vor Jahren, vor Einführung der Konservierungsmittel, verarbeitet wird und nicht, wie es vielfach jetzt geschieht, von ungelerten Arbeitern verarbeitet wird und die Mängel durch Verwendung von Präferenzsalzen u. a. verdeckt werden. Die große Arbeitslosigkeit unter den Fleischergesellen wird dadurch bedeutend vermindert, die wirtschaftliche Lage gebessert werden. Vor Benutzung bzw. Einführung von Konservierungsmitteln bezog ein erster Gefelle in Berliner Schlächtereien einen Wochenlohn von 21—24 M., heute bekommen diese einen solchen von 15—18 M., obgleich seitdem fast alle Konsumartikel in Preise gestiegen. — In der Diskussion wird hervorgehoben: Wenn auch der Bundesrats-Erlaß die Verwendung von Präferenzsalzen usw. — vom 1. Oktober ab — sehr einschränkt, bzw. ganz verbietet, so ist voranzuziehen, daß dieses Verbot doch von vielen Meistern umgangen werden wird, denn wo soll das viele minderwertige Fleisch, das gegenwärtig von Rindvieh u. a. nach Berlin eingeführt wird, bleiben? Viele Unternehmer werden immer wieder, trotz polizeilicher Kontrolle, des verlockenden hohen Ruhms wegen die Verwendung der Mängel solchen Fleisch durch Benutzung von Präferenzsalzen usw. veranlassen und das Vergehen. — Festgestellt wird noch, daß in Fällen einer Hilfe beschuldigt war, ist mit acht Tagen Gefängnis bestraft wor wegen die Verwendung von Präferenzsalzen soll daher mit allen gesetzlichen Mitteln angefaßt werden. — Sodann kritisiert Redner die Zustände in der Berliner Fleischer-Herberge. Diese Herberge sei der reichen Berliner Fleischer-Innung, die Millionen verliere, unwürdig. Zustimmung der Versammlung — Schließlich erhebt die Versammlung einstimmig Protest gegen Beschluß der Innung: „Eine 24stündige Absperrung und Entlassung einzuführen.“ Die Versammelten werden feils für eine achtstündige Absperrung eintreten!

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Landtags-Wahltag.
Gera (Neuh). 2. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der Landtags-Stichwahl in Triebes-Hohenleuben siegte der socialdemokratische Kandidat Genosse Payer mit 427 Stimmen gegen den Landrat Rudelschel, auf welchen 377 Stimmen entfielen.
Zum Hafenarbeiter-Streik.
Finns, 2. April. (V. H.) Der Streik dehnt sich immer mehr aus. Die Polizei löste den Arbeitergenossenschafts-Verein auf und beschlagnahmte dessen Bücher, und zwar aus dem Grunde, weil der Verein seinen Wirkungskreis übergriffen hätte. Die hiesige Meißelschäffelfabrik würde ihren Betrieb einstellen. Das Fabrikgebäude wird militärisch bewacht. Für die Dampf- und die Aktiengesellschaft wurden von der Kriegsmarine Helzer gestellt.
Zum Boererkrieg.
London, 2. April. (R. T. V.) Eine Depesche Kitchners aus Pretoria besagt: Oberst Lowry meldet aus Boschmanskop von einem lebhaften Gefecht, das am 31. v. M. stattgefunden hat. Lowry hatte die zweiten Garde-Dräger entandt, welche 10 Meilen östlich vorgehen sollten, da er die Absicht hatte, am Morgen des folgenden Tages zu ihnen zu stoßen. Den Dräger gelang es gestern bei Tagesanbruch, den Feind zu überraschen, der aber Unterstützung erhielt, so daß die Dräger sich nach einem heftigen Zusammenstoß kämpfend auf das Hauptcorps zurückziehen mußten. Dieses war inzwischen in der Richtung, aus welcher das Gewehrfeuer vernommen wurde, vorgezogen und waf den Feind in nordöstlicher Richtung zurück. Auf englischer Seite wurden vier Offiziere verwundet; die Verluste des Feindes sind bedeutend; es wurden sechs Gefangene gemacht.
Paris, 2. April. (R. T. V.) Das englische Kriegsministerium verweigerte dem französischen Deputierten B. Reboi-Mareuil, einem Bruder des im Transvaalkriege gefallenen Billeboi-Mareuil, die Erlaubnis, eine Note-Stranz-Ambulanz nach Südafrika zu entsenden.
Rom, 2. April. (R. T. V.) Bei den Ausgrabungen auf dem Forum romanum wurde heute ein Grab aus der Zeit vor der Gründung Roms gefunden. Die Altertumsforscher messen dem Grabe eine große Bedeutung bei.

Schweizerischer Arbeitertag.

Bern, den 1. April.

Der Arbeitertag wurde am Montagvormittag 9 Uhr in der französischen Kirche eröffnet, da ein anderes, genügend großes Lokal nicht zu haben war. Die Arbeiterjünger Berns sangen wieder zwei Lieder und sodann begrüßte der Regierungspräsident Joliat im Namen der Berner Kantonsregierung mit einigen gleichgültigen Redensarten den Arbeitertag. Als Präsidenten wurden die Genossen Oberländer Lang-Jülich und Schuler-Winterthur sowie der katholische Professor Dr. Wed-Freiburg gewählt.

Zuerst zur Behandlung gelangte der Zolltarif. Der Referent, Genosse Arbeiterssekretär Grenlich, bereitete aber der großen Mehrzahl der Anwesenden, den Arbeitern ohne jede Ausnahme, eine arme Enttäuschung. Das Referat hätte ebensogut die Kandidatenrede eines Agrariers in einem ländlichen Rationalrats-Wahlkreise sein können und man müßte sich immer wieder fragen, ob man einem Bauerntag oder einem Arbeitertag beiwohne.

Genosse Grenlich begründete und rechtfertigte die höheren landwirtschaftlichen Zölle, wobei er aber das Gefühl zu haben schien, er vertrete dadurch nicht die ihm anvertrauten Arbeiterinteressen, denn er verwehrte sich gegen eine Anschuldigung seiner Auffassung gegen die Zollpolitik der deutschen Sozialdemokratie; in Deutschland kämpfte er mit den Parteigenossen Schulter an Schulter. Aber in der Schweiz seien die Verhältnisse ganz andere wie in Deutschland, in der Schweiz gebe es keine Junker und ähnliche Großgrundbesitzer, denn nur 13 Grundbesitzer, darunter das Kloster Einsiedeln und die Nahrungsmittelfabrik Kempthal bei Winterthur, besitzen mehr als 100 Stüd Rindvieh, so daß man es in der Hauptsache mit wirklicher Bauernschaft zu thun hat. Grenlich hat hierbei freilich vergessen, zu erklären, daß es für den Arbeiter ganz gleichgültig ist, wenn durch unverschämte Viehzölle die Fleischpreise horrend verteuert werden, ob den erhöhten Profit davon ein Klein- oder Großgrundbesitzer einsteckt.

Leider stand die Diskussion nicht auf der Höhe der Situation, obgleich sich in der Versammlung eine fast einmütige Opposition gegen die Stellung Grenlichs wie gegen die unverdächtigsten Agrarforderungen kundgab; allein es war niemand auf ein derartiges Referat von Grenlich gefaßt und demgemäß hatte sich auch niemand gründlich vorbereitet. Aber mit Recht wurde Grenlich vorgehalten, daß er die Arbeiterinteressen nicht genügend vertreten hat, und mit Recht und mit Energie wurde protestiert gegen die die Lebenshaltung der Arbeiter verteuern und verschlechternde Zollpolitik. Gleich der erste Redner, der dies im Auftrage der Arbeitertag-Organisationen tat, war der Adjunkt des Arbeiterssekretariats, Reimann-Biel.

Mit 274 Stimmen wurde ohne Widerspruch eine Resolution angenommen, die gegen Grenlichs Darlegungen protestiert.

Die Verhandlung der Neutralität der Gewerkschaften endete mit der Annahme der Punkte 1 und 3 der vom Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes beantragten Resolution, welche lautet:

1. Die Gründung von katholischen Fachvereinen, wie dieselbe in Noris, Thür, Württemberg etc. stattgefunden hat und auch anderwärts angestrebt wird, ist als ein Versuch des Zuzugers Neutralitätsbeschlusses erklärt, da sich diese Fachvereine auf einen konfessionellen Standpunkt stellen. Diese Fachvereine sind sofort aufzulösen und deren Mitglieder haben sich den bestehenden neutralen Fachvereinen anzuschließen.

2. Der Beschluß des Luzerner Arbeitertages betreffend die Förderung des Gewerkschaftswesens wird aufrecht erhalten und es wird den Verbänden und Vereinen des Arbeiterbundes neuerdings zur Pflicht gemacht, mit allen Kräften für eine einheitliche und umfassende gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter aller Berufe zu wirken sowie die bestehenden und neu sich bildenden Berufsverbände und Vereine zum Anschluß an den Gewerkschaftsbund zu bewegen.

Die Punkte 2 und 4 wurden dem Bundesvorstand zur weiteren Behandlung überwiesen und lauten:

2. Da der katholische Verein (früher Binsverein) keine Arbeiterorganisation, sondern ein katholischer Propagandaverein ist und für dessen Beschlüsse und Aktionen niemand die Verantwortlichkeit innerhalb des Bundesvorstandes übernehmen kann, gehört derselbe nicht in den Schweizerischen Arbeiterbund und hat seinen Austritt zu nehmen.

4. Verbände und Vereine, die künftig dieser Pflicht bedächtig nachkommen oder ihr sogar entgegenwirken, verlieren das Recht, im Bundesvorstande des Arbeiterbundes vertreten zu sein; ebenso können künftig solche Personen, die den durch die Gewerkschaften vertretenen Berufs- und Existenzinteressen der Arbeiter feindselig gegenüberstehen, nicht mehr dem Bundesvorstande des Schweizerischen Arbeiterbundes angehören.

Die erhoffte und angestrebte Reorganisation des ungeheuerlichen heterogenen Arbeiterbundes ist leider wieder nicht erfolgt, die Mitglieder lebt zum großen Schaden der organisierten Arbeiterschaft weiter.

Schließlich wurde noch kurz die Revision der Dastpflichtigkeits von den Genossen Scherrer-L. Gollen und Rappin-Laufmann behandelt und ihre dazu gestellten umfangreichen Anträge wurden ohne Debatte einstimmig angenommen. Annahme fanden ferner eine Protestresolution betreffend die Ausdehnung des Militärstrafgesetzes auf die Presse, eine Resolution betreffend die gesetzliche Freigabe des Sonnabendnachmittags für die Arbeiterinnen und endlich eine Resolution betreffend die Abschaffung der Nachtarbeit der Mütter auf dem Wege der Revision des Fabrikgesetzes. Eingelassen war während der Verhandlungen ein Telegramm des internationalen sozialistischen Sekretariats in Brüssel, das den Verhandlungen besten Erfolg wünschte.

Vertreten waren auf dem Arbeitertage 196 632 Mitglieder, die sich effektiv vielleicht auf 60 000—80 000 reduzierten. Unter den Delegierten waren 39 Katholische, aber lauter Geistliche, Advokaten etc., ein katholischer Arbeiter-Delegierter war auf diesem Arbeitertage so wenig zu sehen wie auf den früheren; es scheint, die „katholischen Arbeiter“ sind bezüglich ihrer religiösen Gesinnung ebenso gebrechliche, zarte, wie bezüglich ihrer geistigen Qualität inferiorer Geschöpfe.

Um 5 Uhr wurde der Arbeitertag geschlossen.

Der erste Verbandstag des Centralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands.

Dem Bericht über den Kongreß in geistiger Nummer ist nachzutragen, daß zu dem Punkt: „Regelung der wöchentlichen und sonntäglichen Arbeitszeit“ nach einem Referat des Delegierten Hensel folgende Resolution angenommen wurde: Der Kongreß beschließt in Bezug auf die Regelung der wöchentlichen und sonntäglichen Arbeitszeit, daß die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches nochmal um die gesetzliche Festlegung einer täglichen Maximal-Arbeitszeit von 12 Stunden eingegangen und gleichzeitig um stärkere Kontrolle der Sonntagsarbeit in den Fleischerbetrieben ersucht, sowie darüber nähere Verfügungen gegeben werden. Den Kollegen wird zur Pflicht gemacht, für Durchführung dieser Beschlüsse jederzeit einzutreten und vor allem für Aufrechterhaltung der gesetzlichen Vorschriften für die Einhaltung der Sonntagsruhe zu sorgen.

Im Anschluß an den Kongreß fand der Verbandstag am 31. März d. J. in den Armaturen zu Berlin statt. Nach kurzer Begrüßung durch den Berliner Bevollmächtigten Fr. Gluch schritt man zur Konstituierung des Verbandstages. Mit der Leitung wurden Herr. Köhler-Hamburg und Alwin Schäfer-Leipzig be-

traut. Die Sitzung der Mandate ergab die Anwesenheit von 19 Delegierten, welche 2087 Mitglieder in 31 Verwaltungsstellen und Einzelmitglieder an 18 Orten vertreten. Ferner waren noch zugegen H. Hensel, Vorkämpfer, und Th. Kestler, Kassierer des Hauptverbandes, J. Gärtner, Hamburg, Vertreter des Verbandsausführes, V. Mortensen, Silleborg, als Vertreter der dänischen Bruderorganisation und E. Legien von der Generalkommission.

Den ersten eigentlichen Verhandlungsgegenstand bildete der Bericht des Hauptverbandes. Derselbe lag den Delegierten gedruckt vor und wurde von Kestler erläutert. Er schilderte eingangs das Entstehen der jetzigen Organisation und ihre Vorkämpfer aus den Jahren 1890—91 und 1893—96.

Die dritte Periode der Organisationsfähigkeit begann mit dem Jahre 1900. Im März 1900 erblühte der heute noch erscheinende „Fleischer“ das Licht der Welt. Als dann durch systematische Verbreitung desselben etwas vorgearbeitet worden war, schuf man am 1. Juli 1900 den Centralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands. Die weitere Tätigkeit war natürlich nur möglich infolge kräftiger Unterstützung durch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Der Erfolg blieb dem auch der regsamsten Agitation nicht versagt. Am Schluß des ersten Halbjahrs zählte man zwar erst 365 Mitglieder in 6 Verwaltungsstellen, nach 1 1/2-jähriger Existenz hatte der Verband aber schon 1892 Mitglieder in 26 Verwaltungsstellen und im abgelaufenen 1. Quartal 1902 sind noch etwa 600 Mitglieder und 6 Verwaltungsstellen hinzugekommen.

Der Kassendbericht balanciert in Einnahmen und Ausgabe mit 9630,40 M. Davon entfallen bei den Einnahmen 1189,50 M. auf Eintrittsgelder, 4198,55 M. auf Wochenbeiträge, 441,14 M. auf die Presse, 1862,62 M. auf sonstige Einnahmen der Lokalkassen und das übrige auf diverse kleinere Posten. Die Ausgaben verteilen sich mit 1767,80 M. auf das Fachorgan, 1214,70 M. auf Agitation, 764,85 M. für Druckkosten, Mitgliedsbücher etc., 182,00 M. Gehaltsentgelt, 142,81 M. Streik- und 44,00 M. Reise-Unterstützung, 317,40 M. Zuschüsse an Lokalkassen, 29,75 M. diverse Ausgaben, 1049,88 M. Verwaltungskosten der Hauptkasse und 2893,68 M. desgleichen der Lokalkassen. An Kassendbeständen waren am 31. Dezember 1901 in der Hauptkasse und in den Verwaltungsstellen 1223,62 M. vorhanden.

Diesem Bericht folgte Rebling-Hamburg, der mit Resolute am längsten in der Schlächtergenossen-Bewegung steht, noch eine Schilderung der feinerzeitigen Kämpfe in Hamburg zu. Er hob auch besonders hervor, daß damals durch vielfache Maßregelungen große Opfer erforderlich waren und eine große Anzahl der Mitglieder deshalb abgegangen sei. Dessen ungeachtet ersuchte Redner alle Kollegen, die einmal im Vordergrund der Organisation stehen, auf ihrem Pöste aufzuharren und thätig für den Verband zu arbeiten. Hieraus verleitete sich der jetzige Vorsitzende über die Ursachen des vorjährigen Postenwechsels und ergänzt den Bericht durch Mitteilungen von der letzten Agitationsreise und seiner bisherigen Tätigkeit. Dem schloß sich dann der Aufsichtsrat an.

Zu der ausgedehnten Diskussion wurde eine scharfe Kritik an der Tätigkeit des Vorstandes geübt und vor allem die unter den Vorstandsmitgliedern zu Tage getretenen Differenzen scharf getadelt. Auf die Agitation eingehend, verlangten die einzelnen Redner, daß sparsamer gewirtschaftet und kürzere Agitationsreisen gemacht sowie mehr Agitation von Mund zu Mund getrieben werden sollte.

Die Radmittagssitzung schloß mit der Statutenberatung ein. Eine Fülle von Anträgen hatte die Aenderung des Unterstützungswesens zum Ziel. Es wurde da unter anderem beantragt: Herabsetzung der Reisezeit für die Bezugsberechtigung von Reise-Unterstützung und zwar von einem auf einhalb bzw. einviertel Jahr, Erhöhung der Reise-Unterstützung von 25 auf 30 M. pro Jahr, Einführung der Arbeitslosen- sowie Krankenunterstützung. Alle diese Anträge wurden aber abgelehnt und bleibt somit das alte Statut noch dieser Richtung hin gültig.

Anderer verhielt sich die Sache bei der allseitig gewünschten Erhöhung der Beiträge. Hier war man sich von vornherein klar darüber, daß der Verband finanzkräftiger werden müsse. Andersseits wollten aber die Kollegen in Zukunft vor vielen Fristen und Abwesenheiten bewahrt bleiben. Es wurde deshalb beschlossen, die bisherigen freiwilligen Beiträge fallen zu lassen und dafür den Wochenbeitrag von 15 Pf. auf 20 Pf. zu erhöhen und eine vierteljährliche Delegiertensteuer von 25 Pf. zu erheben. Diese Aenderung soll mit dem 1. Juli in Kraft treten. Ein weiterer Antrag, der den Verwaltungsstellen das volle Drittel der Wochenbeiträge belassen und die von den Lokalverwaltungen erzielten Ueberschüsse nicht dem Hauptkassierer übermitteln wissen will, wurde gleichfalls angenommen.

Da der Vertreter der dänischen Kollegen gezwungen war abzureisen, so wurde vor seinem Weggange noch über den mit der Bruderorganisation abzuschließenden Gegenseitigkeitsvertrag verhandelt und dem von Dänemark gestellten Verlangen zugestimmt. Außerdem sprach der Verbandstag der dänischen Schlächtergenossen-Vereinigung noch die vollste Sympathie aus und verpflichtete sich zur kräftigen Unterstützung in ihren Kämpfen. Die Einladung zum dänischen Schlächterkongreß wurde angenommen und Brigoleitziel zum Delegierten gewählt.

Die nächsten beiden Punkte der Tagesordnung: „Gehalts- und Diätenfrage sowie Wahl des Hauptverbandes“, wurden miteinander verknüpft. Hierbei wurde auch der Antrag des Hauptverbandes, Einrichtung eines Antrags für die Hauptverwaltung und Anstellung eines Beamten, sowie der Antrag Prung, Verlegung des Sitzes des Hauptverbandes nach Hamburg, verhandelt. Aus der äußerst lebhaften Debatte ist hervorzuheben, daß gegen die Verlegung des Vorstandesitzes die ungünstige geographische Lage Hamburgs geltend gemacht und darauf hingewiesen wurde, daß durch eine Verlegung dieses Sitzes der Hauptverband und mit ihm auch der Verband in Mißkredit gebracht werde. Außerdem müßte dadurch die Agitation in Ost- und Westpreußen wie auch in Schlesien und Mitteldeutschland leiden. Der Einrückung eines Verbandsbüros wurde hingegen allseitig zugestimmt. Zu der als notwendig anerkannten Anstellung eines Beamten konnte man sich jedoch erst entschließen, als der Vertreter der Generalkommission diese Notwendigkeit überzeugend nachgewiesen, und für eventuelle finanzielle Schwierigkeiten des Verbandes die Hilfe der Generalkommission in Aussicht gestellt hatte. Ferner wurde verlangt, daß der angustellende Beamte ein Berufscolleg sein und dann die Agitation betreiben, Bureauarbeiten machen und das Fachorgan redigieren soll. Die Beschlüsse ergaben die Beibehaltung des Sitzes des Hauptverbandes in Berlin, die Einrichtung eines Büros für die Hauptverwaltung und die Anstellung eines bezahlten Beamten. Das Gehalt desselben wurde auf 1500 M. festgesetzt und Kollege Hensel-Berlin als Beamter und Verbandsvorsitzender gewählt. Selbiger soll zum 1. Mai d. J. in seine neue Tätigkeit eintreten. Die Diäten der Delegierten wurden auf 8 M. und das Mantogeld des Hauptkassierers auf 5 M. monatlich festgelegt und die Kassiererewahl der Ortsverwaltung Berlin übertragen.

Im weiteren wurde noch beschlossen, sich der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands anzuschließen und einen Delegierten zum Gewerkschaftskongreß zu entsenden. Als solcher wurde Hensel, Berlin, gewählt. Der Antrag Reimann-Biel: „Eine größere Agitation zur Sammlung von Unterschriften für eine Petition an den Reichstag und Bundesrat, bezugs Verbesserung der Lage der Fleischergenossen vorzunehmen“, wurde dem Vorstand als Material überwiesen. In Bezug auf die Agitation unter den Kollegen wurde Deutschland in 7 Bezirke eingeteilt, und zwar mit den Vororten: Berlin, Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M., Bremen, Hamburg und Kiel. Der nächste Verbandstag soll in Hamburg abgehalten werden.

Nachdem somit der Verbandstag seine reichhaltige Tagesordnung erledigt hatte, schloß der Vorsitzende den ersten Verbandstag mit einem Hoch auf den Central-Verband.

Schüler Kongreß der Textilarbeiter Deutschlands

Kassel, 1. April 1902.

Im Anschluß an die Generalversammlung des Textilarbeiter-Verbandes trat gestern hier der sechste Kongreß der Textilarbeiter Deutschlands zusammen. Vertreten sind 66 Orte durch 58 Delegierte. Aufgabe des Kongresses ist: Regelung des Preiswessens, sowie der Angelegenheiten internationaler Beziehung und der Fragen, die einen politischen oder socialpolitischen Charakter tragen. Der Vertrauensmann hatte Fühlung mit dem internationalen Sekretariat und förderte die von dort in die Wege geleitete Propaganda für den Jahrestudententag für die Textilindustrie. Es wurde ein Flugblatt in 150 000 Exemplaren verbreitet. In der Diskussion wurde zugleich die Frage des Jahrestudententages mit erörtert. Zur Interesse einer dringend notwendigen Verkürzung der Arbeitszeit wurde es als ratsam erachtet, diese Forderung den gesetzgebenden Körperschaften zu unterbreiten, doch wurde betont, daß man sich allzu großer Hoffnungen nicht hingeben dürfe, sondern das Hauptgewicht auf den wirtschaftlichen Kampf legen müsse. Nur durch eigene Kraft könnten die Arbeiter ihre Lage wirklich bessern und erst, wenn sie sich eine achtunggebende Position errungen, würden die Regierungen und die gesetzgebenden Körperschaften den Forderungen nach durchgreifenden socialpolitischen Reformen Gehör schenken. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Textilarbeiterschaft aufgefordert wird, die Forderung: Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden und Sonnabends 9 Stunden, als ihre Hauptforderung zu erheben und alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um den Jahrestudententag durch wirtschaftlichen Kampf zu erreichen. Gleichzeitig beschloß der Kongreß, von der Gesetzgebung als das mindeste dessen, was die Arbeiterschaft an gesetzlichen Schuß gegen vorzeitige Verwertung ihrer Arbeitskraft zu beanspruchen berechtigt ist, den zehnstündigen Maximal-Arbeitsstag für alle Arbeiter und Arbeiterinnen als Gesetz zu fordern.

Nach dem Bericht der Preßkommission betrug in den letzten beiden Jahren die Höchstaufgabe des „Textilarbeiter“ 48 000, die Mindestaufgabe 31 000 Exemplare. Die Gesamteinnahme betrug pro 1900/1901 55 000 M., die Ausgabe 75 000 M. Vermögensbestand am Schluß 1901 26 055 M. Der Kongreß beschloß, daß in Zukunft nur noch Versammlungsberichte von allgemeinem Interesse im „Textilarbeiter“ Aufnahme finden sollen. Der dadurch frei werdende Raum soll socialpolitischen Artikeln gewidmet werden.

Agitation und Organisation. Die Agitation soll in der bisherigen Weise (durch Komitees) weiter betrieben werden. Empfohlen wurde das Arrangieren von sogenannten Werksstellen-Versammlungen. Bei einer Reorganisation soll für die Abgrenzung der einzelnen Agitationsbezirke die geographische Lage mehr berücksichtigt werden.

Zur Frage des gesetzlichen Mindestlohnes wurde eine Resolution angenommen, in der der Kongreß vom Reich die Erleichterung von Arbeiterkammern verlangt, die, auf Verlangen der in Frage kommenden Arbeiter heimindustrieller oder solcher Betriebe, die nachweislich weder eine fremdbürtliche oder fremdländische Konkurrenz insolge erhöhter Arbeitslöhne und Warenpreise zu befürchten haben, berechtigt sind, die Löhne so zu erhöhen, daß der Arbeiter bei in den Großbetrieben des in Frage kommenden Gewerbes üblichen mittleren Arbeitszeit zu demselben Tages- oder Wochenverdienst genügt, den die Arbeiter dieser Großbetriebe erreichen.

Diese Frage soll auch auf dem internationalen Textilarbeiter-Kongresse, der durch 12 Delegierte besetzt werden soll, behandelt werden.

Zum internationalen Arbeiterkongreß wird der Verbandsvorsitzende Hüblich delegiert. Als Vertrauensmann wurde Redacteur Wegner-Chemnitz wiedergewählt. Ein Kongreß soll nur einberufen werden, wenn besondere Umstände es erfordern. Hierauf wurde der Kongreß mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Neunte Generalversammlung des Vereins Deutscher Schuhmacher.

München, den 1. April 1902.

Im Gasthof zum Heger wurde heute vormittag die Neunte Generalversammlung des Vereins Deutscher Schuhmacher eröffnet.

Der Vorsitzende des Centralverbandes, Simon-Rürnberg, eröffnete die Generalversammlung mit einer Begrüßung der erschienenen Delegierten. Insbesondere hieß er den Vorsitzenden Köhler der österreichischen Organisation, der als Gast den Verhandlungen beiwohnt, willkommen. — Anwesend sind 53 Delegierte, die Mitglieder des Centralverbandes und der Redacteur des Schuhmacher-Fachblattes, Reichstags-Abgeordneter Bod.

Nach Vornahme der Wahlen zu den verschiedensten Kommissionen wurde nach Feststellung der Geschäftsordnung und ziemlich langer Debatte beschlossen, den Mitgliedern des Centralverbandes kein Stimrecht einzuräumen.

Dem Bericht des Vorstandes schickte Simon-Rürnberg einige allgemeine Bemerkungen voraus. Die Tätigkeit des Vorstandes habe in einer Reihe von Punkten in dem einen oder anderen Punkt Unzufriedenheit hervorgeufen. Man habe dem Vorstande zum Vorwurf gemacht, daß sein Verhalten in Bezug auf die Abstimmung über die obligatorische Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung nicht in Einklang zu bringen sei und mit den Beschlüssen der Rainer Generalversammlung und zwar deshalb, weil der Vorstand dem Stimmzettel gleichzeitig ein Circular beilegte, das unter den Mitgliedern aufläufig und agitatorisch wirken sollte. Man hat deswegen in den Versammlungen sowohl als in Artikeln des Fachblattes gegen den Vorstand vom Veder gezogen. Doch wenn die Gegner der Arbeitslosen-Unterstützung das Vorgehen des Vorstandes objektiver beurteilen werden, so werden sie zu der Ueberzeugung kommen, daß dies dem Vorstande als ein nicht zu großes Verbrechen angesehen werden dürfe, da auch der Vorstand nur das thun und vorschlagen wird, was für die Organisation nützlich sein wird. — Der Vorstand hat es für notwendig gehalten, als die wirtschaftliche Depression einsetzte und vielerorts Vorkredittierungen eintraten, an die Bevollmächtigten der Jahrestellen ein vertrauliches Circular ergeben zu lassen, um die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht etwa zu einem Streit zu benutzen und dadurch eine größere Auspörrung zu provozieren. Statt nun das Circular als vertraulich zu behandeln, haben die Vertrauenspersonen das Circular in Versammlungen verlesen, wodurch bei den Fabrikanten die Vermutung aufkommen konnte, als sei die Organisation zu schwach, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzuführen. Die Annahme, daß sich der Vorstand mit den Beschlüssen der Parteitage in Widerspruch gesetzt habe, sei hinfällig, weil die Beschlüsse der Parteitage ausdrücklich voraussetzen, daß nur dort am ersten Mai die Arbeit ruhen soll, wo dies ohne Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter möglich sei. Des längeren verweist der Redner bei dem Streit und der Auspörrung in Zettlingen, die der Organisation eine beträchtliche Summe Geldes geschenkt haben. Er gab eine ausführliche Schilderung vom Verlauf der Differenzen und wies die von Zettlingen aus gegen Bod und seine Person erhobenen schweren Vorwürfe als unbegründet zurück. Aus dem rein geschäftlichen Teil des Vorstandsberichtes haben wir schon das Wesentliche wiedergegeben.

Die schweizerischen Oetkongresse.

Bern, 1. April 1902.

Der Gewerkschaftskongreß wurde am Sonntagabend 8 1/2 Uhr im „Volkshaus“ vom Präsidenten Schnebler mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Zum ersten Präsidenten wurde Genosse

Reinmann-Viel gewählt. Sodann hielt Arbeitersekretär Grentlich einen einstündigen Vortrag über die Arbeitslosen-Versicherung in den Gewerkschaften, wobei er sich an seine bekannte Schrift über diese Frage hielt. Er zeigte einleitend, welche falsche Auffassung der Arbeitslosigkeit früher bestand, indem alle Arbeitslosigkeit als selbstverschuldet oder gar als Arbeitslosen bezeichnet wurde. Dann wies er an der Arbeitslosen-Situation der deutschen Gewerkschaften nach, wie unberechtigt der immer von gegnerischer Seite gegen sie erhobene Vorwurf der tendenziösen Uebertreibung sei, indem die 1895 zweimal von amtlicher Seite vorgenommene Arbeitslosen-Zählung ergeben hat, daß viel mehr Arbeitslose vorhanden waren, als nach der gewerkschaftlichen Statistik angenommen werden konnte. Es wurde dann die Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung nachgewiesen und die verschiedenen Arten derselben erörtert, so diejenige des Spargrundes, welche Grentlich verwirft; ferner diejenige der gewerkschaftlichen und der kommunalen Arbeitslosenversicherung. Er empfahl den anwesenden Delegierten dringend die Einführung der Arbeitslosenversicherung in den Gewerkschaften, zu welchem Zwecke die einzelnen Berufsverbände zu Industrieverbänden zusammengeschlossen werden sollen. Es soll dann dieser Bundesverband verlangt werden, die angefochtene der großen Bundessubventionen für die Landwirtschaft wohl auch den Arbeitern werde gewährt werden. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine kurze Diskussion, in der mit alten verbrannten Redensarten von zwei Holzarbeitern die gewerkschaftliche Arbeitslosen-Unterstützung bekämpft wurde, worauf Grentlich in einem kräftigen Schlusswort die Einwände zurückwies und nochmals den Gewerkschaften die Einführung der Arbeitslosen-Versicherung empfahl.

Die Sonntags-Sitzung fand im Großen-Saal (Landtags-)Saal statt. Namens des Gemeinderates begrüßte Genosse Müller die Versammlung.

Rum wurde in die Behandlung der Reorganisation des Gewerkschaftsbundes eingetreten. Die Reorganisation soll in dem Sinne nach einem Antrag des Gips- und Malerverbandes stattfinden. Daß das Schwergewicht der Gewerkschaftsbewegung in die Berufsverbände verlegt und zu diesem Zwecke der Monatsbeitrag pro Mitglied an den Gewerkschaftsbund auf 5 Cts. herabgesetzt werden soll, während jetzt drei Beitragsklassen mit 10, 20 und 30 Cts. bestehen. Durch diese Reorganisation sollen die Berufsverbände finanziell gestärkt und in Bezug auf ihre ganze Tätigkeit selbständiger, vom Gewerkschaftsbund unabhängiger gemacht werden. In diesem Sinne begründete auch der Vertreter des Malerverbandes, Genosse Stauder-Büchli, den Antrag. Unterstützt wurde derselbe von den Verbänden der Schneider und Metall- und Holzarbeiter, bekämpft vom Verband der Textilarbeiter und vom Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes. Letzteres opponierte besonders aus finanziellen Gründen, da bei 5 Cts. Monatsbeitrag die Jahreserlöse des Gewerkschaftsbundes nur noch 9000 Fr. betragen würden, womit derselbe nicht auskommen könnte. Aber auch die Einheitlichkeit und die Schlagfertigkeit des Gewerkschaftsbundes sowie die Solidarität der Arbeiter würden darunter leiden, also die gesamte schweizerische Gewerkschaftsbewegung geschädigt werden. Von anderer Seite wurde die gegenteilige Auffassung vertreten, da von der erstrebten Reorganisation eine Stärkung der Berufsverbände zu erwarten ist. Nach mehr als zweistündiger Debatte, in der ca. 80 Redner das Wort nahmen, wurde der Antrag des Gips- und Malerverbandes mit 192 gegen 65 Stimmen angenommen, welches Ergebnis mit Beifall aufgenommen wurde.

Hierauf giebt der Präsident bekannt, daß 291 Delegierte aus 106 Sektionen anwesend sind, welche 26 Verbände vertreten, ferner sind 21 Centralkomitees und mehrere lokale Arbeiterkommissionen vertreten. Als Gäste wohnten dem Kongress die Genossen Schürke-Stuttgart, der Vorsitzende des deutschen Metallarbeiterverbandes, und Holzhauser, Vorsitzender des deutschen Schneiderverbandes.

Ohne Debatten wurden die verschiedenen Tätigkeitsberichte des Bundeskomitees genehmigt und dessen Mitgliedern für ihre zweijährige Tätigkeit eine Entschädigung von 400 Fr. bewilligt.

Die Nachmittags-Sitzung wurde mit der Vereisung eines Begrüßungsgrammes des internationalen sozialistischen Sekretariats in Zürich beschlossen, in dem die schweizerischen Arbeiter zugleich zur zahlreichen Besichtigung des 1903 in Amsterdam stattfindenden internationalen Sozialistenkongresses eingeladen werden.

Zu Bezug auf das weitere Schicksal der „Arbeiterstimme“, des Organs des Gewerkschaftsbundes, wurde beschlossen, dieselbe in ihrer jetzigen Form und mit zwei wöchentlichen Ausgaben noch bis Reuejahr erscheinen zu lassen und dann als gewerkschaftliches Korrespondenzblatt einmal wöchentlich herauszugeben. Durch diese Veränderungen, die insbesondere auch durch die Herausgabe einer besonderen Metallarbeiter-Zeitung veranlaßt wurden, wird Raum geschaffen für die Weiterentwicklung der lokalen Arbeiterblätter.

Als Vorort wurde nach eingehender Ablehnung seitens der Züricher Delegierten Bern bestimmt. In Zürich war das Bundeskomitee 10 Jahre lang. Für die notwendigen Statutenänderungen und Wahl der beiden Sekretäre soll später eine außerordentliche Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsbundes einberufen werden.

Ohne Debatte wurde einstimmig eine Protestresolution gegen die unverkündeten Hofordnungen der schweizerischen Agrarier angenommen und sodann um 3 1/2 Uhr vom Präsidenten Reinmann mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die gefassten Beschlüsse sich segensreich für die schweizerische Gewerkschaftsbewegung erweisen mögen, der Kongress geschlossen.

Eine Kollekte zu Gunsten der streikenden Weber in Rheinfelden ergab 68 Fr.

Partei-Nachrichten.

Landesversammlung der Socialdemokratie Sachsen.

Reichen, 1. April.

Zum schön und feurig mit revolutionären Zeichen und Bildern gezierter Saal des Hofhauses zur Weintraube wurde heute vormittag 10 Uhr die Landesversammlung eröffnet. Es waren 69 Delegierte erschienen. Schmidt-Reichen begrüßte die Erschienenen. Beim ersten Punkt der Tagesordnung „Bericht des Centralkomitees“ ging Sindermann ausführlich auf die Petition Sindermann-Thieme ein, die er verlas. Er erklärte, die Petition nur aus tatsächlichen Gründen eingereicht zu haben. Das Centralkomitee gehe die ganze Sache nicht an. Man dürfe ihm nicht verwehren, von dem ihm wie jedermann zustehenden Petitionsrecht Gebrauch zu machen. Daß der Bourgeoisie die Petition sehr unangenehm sei, lehrten die Vorträge im „Waterland“, den „Dressdener Nachrichten“, „Dressdener Zeitung“ usw.

Weyer-Leipzig wünschte, daß in Zukunft derartige Petitionen nur unter Einwilligung des Agitationskomitees oder der Landesversammlung abgehandelt werden dürften. Reichstags-Abgeordneter Hoffmann sprach von Eigenmächtigkeiten Sindermanns. Die Schiebungen, die er versucht habe, seien das traurigste Schauspiel. Nachdem noch mehrere Genossen, u. a. Goldstein, die Petitionsabhandlung gerügt hatten, wurde nach einstündiger Diskussion der Gegenstand verlassen.

Bei der Erörterung des zweiten Punktes der Tagesordnung: „Organisation und Agitation“ werden die Anträge angenommen: Den Verbreitungsbezirk der „Leipziger Volkszeitung“ auf den 14. Reichstags-Wahlkreis auszuweiten; eine energische Veranlassungsdagitation zur Vereisung des Dreiklassenwahlsystems einzuleiten; ein allgemeines Flugblatt herauszugeben, das Aufklärung über die Tätigkeit des Landtags mit besonderer Berücksichtigung der Finanz- und Ministerien giebt. Dem Centralkomitee zur Verdisziplinierung wurde der Antrag überwiesen: Der 17. und 18. Reichstags-Wahlkreis sind dem Agitationsbezirk Widaun zuzuwenden, ebenso soll sich der Verbreitungsbezirk des „Sächsischen Volksblattes“ auf diese Kreise erstrecken. In der Diskussion warnte Sindermann vor übertriebener kostspieliger Agitation. Wenn man bei der Pirnaer Nachwahl weniger agitiert hätte, hätte man nicht alle Bauern auf die Beine gebracht und wahrscheinlich den Wahlkreis erobert. (Heiterkeit.)

In der Nachmittags-Sitzung betonten verschiedene Redner, daß die Beschließung von Centralorganisationen für ganz Sachsen dem Organisationsrat der socialdemokratischen Partei Deutschlands widerstrebe. Sodann hielt Goldstein-Widaun ein fast zweistündiges treffliches Referat über die unfruchtbare Tätigkeit des reaktionären Landtags. Er schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, die sächsischen Arbeiter möchten bei den Reichstagswahlen für ihre Entreechtung Bevandue nehmen. Um sechs Uhr nachmittags wurde die erste Tagung geschlossen. Nach der Mitteilung des Vorsitzenden, Lorenz-Chemnitz, wohnten der Konferenz die Reichstags-Abgeordneten Kuer, Stadnauer, Hoffmann, Horn, Fischer, Schulberg und Seifert bei. In den Abendstunden im Turmhaus und in der Weintraube sprachen Kuer und Wotteler.

Am Mittwoch wurde, wie ein Privattelegramm meldet, in lebhafter Debatte über die Tätigkeit des Landtages und die Landtagswahlen verhandelt.

Alle Redner, ob Freunde oder Gegner der Wahlbeteiligung, waren sich darüber einig, daß der Kampf um das allgemeine Wahlrecht mit unausgesetzter Energie geführt werden müsse. Ueber die nächsten Reichstagswahlen referierte Stadnauer, über die Tätigkeit der Socialdemokratie in den Gemeindevereinigungen Niemann-Chemnitz. Es wird ein Beschluß auf eifrige Beteiligung an den Gemeindevahlen einstimmig gefaßt. Als Sitz des Centralkomitees wird in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit wiederum Dresden bestimmt. Die nächste Landeskonferenz soll in Mittweida stattfinden. Nach einem längeren Schlusswort des Vorsitzenden Lorenz geht die Konferenz unter Hochrufen auf die Socialdemokratie auseinander.

Die Parteigenossen der oberen Rheinprovinz hielten Ostern in Bonn ihren Parteitag ab. Der Bezirk umfaßt die 23 Reichstags-Wahlkreise der Regierungsbezirke Köln, Aachen, Koblenz und Trier. Sieben Wahlkreise waren nicht vertreten. In einigen von diesen sind nicht einmal die Reine einer socialdemokratischen Bewegung vorhanden. Es sind dies die wirtschaftlich und kulturell zurückgebliebenen Gebiete der Eifel, die unbestritten vom Centrum beherrscht werden. Nur in neun Wahlkreisen stehen der Partei Säle zur Verfügung, die zudem meist unzulänglich sind. Es ist bezeichnend für die Verhältnisse in dem katholischen Teil der Rheinprovinz, daß in der Stadt Köln mit ihren fast 400 000 Einwohnern zur Zeit sogar der socialdemokratische Verein obdachlos ist. Außer den Behörden läßt das Centrum, die Partei, auf deren Fahne die Worte stehen: für Wahrheit, Freiheit und Recht sich die Verfolgung des politischen Gegners angelegen sein. Es denkt nicht daran, das Recht und die Toleranz, die es für sich beansprucht, auch andern zu gewähren. Es will nicht den freien Austausch der Meinungen, und es scheut, wo es die Macht hat, nicht vor der rohen Gewalt zurück. Dazu kommt der wirtschaftliche Druck, der durch den Verarmen der Industriellen und in besonderer Härte an der Saar durch das Scharfmachertum geübt wird.

Ueber die Tätigkeit des Agitationskomitees für die obere Rheinprovinz hat der „Vorwärts“ bereits kürzlich das Nötige veröffentlicht. Ueber die bevorstehenden Reichstagswahlen redete Dr. Erdmann. Er wies darauf hin, daß die Wahl schon deshalb für die Partei die günstigsten Aussichten biete, weil sie unter der Parole: für oder gegen den Protivucherswahl stattfindet. Dann aber seien unter den katholischen Arbeitern große Veränderungen vor sich gegangen. Sie, die bisher blindlings dem Centrum gefolgt sind, haben sich auf ihre eignen Interessen besonnen und machen zum erstenmal in großem Umfang gegen das Centrum Front. Wir werden das Schauspiel erleben, daß katholische Arbeiter im Rheinland eigene Kandidaten aufstellen, wenn das Centrum auf seinen Protivucherswerbungen beharrt; und es wird darauf beharren. Einen großen Erfolg werden diese Arbeiterkandidaturen nicht haben; denn schon bei der demnächstigen Reichstagswahl werden die katholischen Arbeiter in großer Zahl für die Socialdemokratie stimmen. Es herrscht eine große Erbitterung gegen das Centrum unter den katholischen Arbeitern.

Zum Sitz des Agitationskomitees wurde wieder Köln gewählt.

Ein Gemeindevortretertag für die Provinz Sachsen tagte während der Osterfeiertage in Halle. Es waren 60 Teilnehmer anwesend.

Am ersten Tage wurde über die allgemeinen Grundsätze, die bei den Gemeindevahlen maßgebend sein müssen, ferner über Finanzpolitik und Reform des Wohnungswesens referiert und diskutiert. Der zweite Tag brachte die Referate über das Schulwesen, die öffentliche Gesundheitspflege, das Industrie-, Verkehrs- und Submissionswesen und als letzten Punkt die Arbeiterpolitik. Die Schaffung eines Kommunalprogramms wurde in Hinblick auf die Verhandlungen des nächsten Parteitag der Socialdemokratie und mit Rücksicht auf eine für Reichstagswahl nach Berlin einzuberufende Konferenz aller socialdemokratischen Gemeindevortreter Preußens abgelehnt.

Die Parteigenossen Niedersachsens hielten während der Osterfeiertage einen Landesparteitag in Wien ab, dessen vornehmste Aufgabe die Stellungnahme zu den Landtags-Wahlen war. Nach dem Referat des Genossen Winarthy und darauffolgender Debatte wurde gegen 4 Stimmen folgende Resolution angenommen:

Zum erstenmal ist bei den heutigen Landtags-Wahlen in Niedersachsens, nicht durch Verdienst der bisherigen Landtags-Majorität, sondern gegen ihren Willen und zu ihrem Mißvergnügen, einem großen Teile der arbeitenden Bevölkerung Gelegenheit gegeben, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Seit Jahren ist der Landtag Niedersachsens der freie Zummelplatz der heuchlerischen Junkerfamilien, die sich Christlichsocialen nennen, und der vergiftende Einfluß dieser Partei hat sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens geltend gemacht.

Die Christlichsocialen haben in verböhrtter Freiheit jede demokratische Reform des Landtags-Wahlrechts hintertrieben, sie haben die Schule zu einer Donäne der Pfaffen herabgewürdigt, in der Verleumdung von Stellen die verächtlichste und die öffentliche Moral verderbende Protektionwirtschaft getrieben und Lüge, Verleumdung und Verschlingung zum vornehmsten politischen Kampfmittel gemacht. Die Vereisigung der Christlichsocialen Majorität des Landtages muß daher das wichtigste Ziel unsrer Partei in dem kommenden Wahlkampf sein. Die Verleumdung der Christlichsocialen Volksbetreiber ist nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft als Klasse gelegen, sondern sie ist auch eine Vorbedingung für die Entwicklung unsres ganzen Volkslebens.

Der Landesparteitag empfiehlt daher den Genossen des ganzen Landes das energische Eintreten in den Wahlkampf, den die Partei vollkommen frei und unabhängig führen wird.

In allen Landtags-Wahlkreisen, in denen Aussicht auf eine größere Stimmenzahl vorhanden ist, sind daher Kandidaten aufzustellen. Die Nominierung des Kandidaten geschieht im Einvernehmen mit der Landes-Parteiorganisation. Die Genossen jener vornehmlich ländlichen Wahlkreise, in denen eine socialdemokratische Kandidatur keine Aussicht auf Erfolg hat, haben eine endgültige Entscheidung über ihr Verhalten im Wahlkampf nur im Einvernehmen mit der Landes-Parteiorganisation in speziellen Konferenzen zu treffen.

Bei eventuellen engeren Wahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten stimmen unsere Parteigenossen getreu den oben ausgesprochenen Leitsätzen immer für den Gegner der Christlichsocialen. Die Parteigenossen des ganzen Landes haben sofort alle notwendigen Organisationsarbeiten zu besorgen, um ein schlüssiges Eingreifen der Partei in den Wahlkampf zu ermöglichen. Insbesondere sollen unvertueilt Konferenzen der organisierten Genossen in den einzelnen Landtags-Wahlkreisen stattfinden.

Es wird die Partei zum erstenmal in Niedersachsens sich an den Landtagswahlen beteiligen unter der Parole:

Rieder mit den Christlichsocialen!
Für das allgemeine und gleiche Wahlrecht!
Für die freie Schule! Für das Recht des Arbeiters!

Ein neues niederländisches socialdemokratisches Organ erscheint seit Anfang April in Haarlem unter dem Titel „De Beker“, vorläufig als Wochenblatt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 26. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt seien wir hervor: Das hohe Weien. — Unsere höheren Schulen. Von Akademikern. — Die sächsische Socialdemokratie in Rußland. Von E. Soroz. — Die Gemeindevahlen in Norwegen. (Bulletin des internationalen sozialistischen Bureaus.) — Der Fall Fischer. Von James Broth. — Splitter. — Literarische Rundschau: Max Winter, Im Purgatorienland. — Revue: Die Stellung des Menschen unter den Säugtieren. Von Kurt Grottel.

„Archiv für sociale Geographie und Statistik“. Das neueste Doppelheft dieser nunmehr im 15. Jahrgang erscheinenden von Dr. Heinrich Braun herausgegebenen Zeitschrift (Berlin, Carl Heymanns Verlag) hat folgenden Inhalt: Abhandlungen: Die Trübs in Amerika. Von Henry B. Macrosky, B. A. in London. — Einige Reformversuche im Lohnsystem. Von Eduard Bernstein, Dr. h. c. in Berlin. — Die Lage der ungarischen Landarbeiter. Von Dr. Julius Bunzel in Graz. — Weibliche Fabrikinspektoren in der Schweiz. Von Dr. F. Schuler, eidgenössischem Fabrikinspektor in Wölzli. — Socialpolitik und Wasserhygiene in ihrem prinzipiellen Verhältnis. Von Dr. Alfred Ploeg in Berlin-Schlachensee. — Geographie: Deutsches Reich. Die Novelle zum Gewerbeverordnungs-gesetz vom 23. Dezember 1901. Von Dr. Karl Fiebig, Stadtrat in Frankfurt a. M. — Vereingte Staaten von Amerika: Die amerikanische Arbeiterbewegung des Jahres 1901. Von Dr. jur. Charles Henry Haderich, Dozent der Rechte an der Universität von Texas (Austin). — Mitteilungen: Ein Arbeiterwohnungsdiplom in einer sächsischen Provinzstadt (Bayreuth). Von Dr. Ernst Cohn in Bayreuth. — Die österreichische Gewerbe-Inspektion im Jahre 1900. Von Prof. Dr. Ernst Richter in Graz. — Der Fall des sächsischen Fabrikgesetzes. Von Dr. Emil Hofmann, Nationalrat in Frankreich. — Literatur: Zur Literatur über die Wohnungsfrage. Von Dr. H. Lindemann in Stuttgart-Degetloch. — Edelheim, Dr. John, Beiträge zur Geschichte der Socialpolitik, mit besonderer Berücksichtigung des französischen Revolutionsalters. Vespochen von Prof. Dr. Paul Ratory in Marburg i. H.

Das Aprilheft der von Eduard Bernstein herausgegebenen „Documente des Socialismus“ bringt an erster Stelle ein Kapitel aus einer bisher völlig unbenutzt gebliebenen Schrift von J. V. Schweizer. Die Schrift handelt vom italienischen Krieg von 1859 und nimmt zu ihm einen dem Verfasser direkt entgegenstehenden Standpunkt ein. Ein weiterer Artikel bezieht sich auf ein vor achtzig Jahren — 1821 — von J. P. Owen aufgenommenes Projekt einer Hauswirtschafts-Genossenschaft, das mit den heute auf der Tagesordnung stehenden ähnlichen Projekten Vergleichspunkte aufweist. An ihn schließt sich der Abdruck des Artikels von W. Wolff über den schlesischen Weberaufstand von 1845, der dem Dichter Gerhart Hauptmann den Grundtext zu seinem Drama „Die Weber“ geliefert hat. Dem Artikel sind sämtliche von Wolff mitgeteilte Verse des Liedes der aufständigen Weber beigegeben. Als Urkunden des Socialismus werden der Programm-Eutwurf und das auf dem Kongress zu Tours beschlossene Programm (Prinzipienklärung und Reformprogramm) der französischen Socialisten ihrem vollen Wortlaut nach zum Abdruck gebracht. Die kritische Bibliographie der zeitgenössischen Literatur des Socialismus, Anzeigen, Nachweise und Notizen vervollständigen das Heft.

Die „Documente des Socialismus“ kosten pro Quartal 3,75 M. (Einzelheft 1,25 M.); kombinieren mit den „Socialistischen Monatsheften“ sind sie zum ermäßigten Preise von insgesamt 4.— M. pro Quartal zu haben. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolportage und Buchhändler (Postzeitungs-Katalog Nr. 2000a bezw. 6961a), ferner direkt durch den Verlag der „Socialistischen Monatshefte“, Berlin W. 35, Rügenstr. 85 A. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Couvert.) Probehefte kostenfrei durch die Expedition.

Die „Socialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin W., Rügenstr. 85 A.) haben soeben das Aprilheft ihres VIII. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben seien wir hervor: Adolph v. Elm: Socialdemokratie und Arbeiterkraft. — Eduard Bernstein: Zur jüngsten Entwicklung der französischen Socialdemokratie. — Wolfgang Heine: Reuech von unsrem Verstand und Versammlungsrecht. — Paul Schre: Das religiöse Problem im Socialismus. — Dr. Hugo Lindemann (H. Hugo): Zur Kritik der socialdemokratischen Kommunalprogramme. — Helma Steinbach: Gefährliche Strömungen in der Genossenschaftsbewegung. — Dr. Albert Scharf: Die Arbeiterbewegung in Frankreich. — Heinz Müller: Zur Verstaatlichung des Bergbaus. — Hanns Jule: Die Arbeitslosen-Unterstützung in den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau: Politik; von Richard Calver. — Wirtschaft; von Max Schappel. — Socialistische Bewegung; von Dr. Adolph Gumpel. — Gewerkschaftsbewegung; von Heinrich Bürger. — Genossenschaftsbewegung; von Gertrud David. — Socialistische Kommunalpolitik; von Dr. Hugo Lindemann. — Frauenbewegung; von Gertrude Härtel. — Bäder; von Dr. Hugo Lindemann und Dr. Adolph Gumpel. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., pro Quartal 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolportage und Buchhändler (Postzeitungs-Katalog Nr. 1138), ferner direkt bei der Expedition der „Socialistischen Monatshefte“, Berlin W. 35, Rügenstr. 85 A. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Couvert.) Probehefte und Verlags-Kataloge gratis und franco.

Die „Vollstreck-Kammer des „Sächsischen Volkstums“ zeigt das Relief „Wissenschaft und Arbeit“ nach Heinrich Mann Entwurf und Ausführung. Das Relief „In Verdienst des Gedächtnisses“ feiert das Andenken Weidmanns, indes an anderer Stelle ein kurzer Skizzen das Denkmal schildert.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 12, bis 9, Uhr abends statt.

M. B. 29. Ob im Jahre 1889 in Berlin ein Zimmererstell Postgefundenes hat, können wir nicht feststellen.

N. New York. Die Berechnung der von Euch gegebenen Zahlen ergab Differenzen, die ich mir nur durch Druckfehler erklären kann; daher meine Bemerkung von der Ungenauigkeit. Weib B.

R. 2. 35. Wenden Sie sich an Bahnbeamte der Expedition eines hiesigen Bahnhofes für Fernverkehr, z. B. Anhalter Bahnhof.

Pflege. Derartige postliche Durchschreibungsangelegenheiten können wir nicht.

P. 6. 70. Bei einem Jahresverdienst von mindestens 1150 M. ist eine 36 Pfennig-Marke zu geben. — Zwei Wetende. 1.—4. In 5 bis 10 Jahren. 6. 1847. — G. M. 100. 1. 2. und 4. Kein. 3. Ja. Sie können auf Zahlung klagen. — Wilmshaus 100. Ja: das Reichstags-Wahlrecht ist nicht durch Steuerzahlung bedingt. — W. B. Für jede Person 3 Mark. — N. Der Holzhandler kann verlangen nicht halber gemacht werden. Ein Dienstantrag könnte nur gegen die landwirtschaftliche Verursachung geltend gemacht werden. — G. 2. Eine Aufzählung der in Preußen belegenden königlichen Wälder finden Sie in der „Fabel“ vom Dezember 1901. Wieviel Einkommen und diesen nicht, entzieht sich einer genaueren Bestimmung. — H. 6. 1. und 2. Ja. — G. 3. Kein. — Schwarz. Sie können gegen Friedrich klagen, auch Strafverurteilung. — C. G. Pantow. Abwarten wäre zwecklos. Gegen Sie den Sachverhalt schenkt die Steuerdeputation gegenüber der, beantragen Unterscheidung und Anerkennung, daß Sie keine Handwerker zu zahlen haben. — G. E. 23. G. E. 88. H. 6. 70. H. 2. 10. Ja. — Dumm. 7. 25. 1. und 2. Kein. 3. Ja. — H. 6. 1. Kein. 2. Kein. 3. Der Strafantrag wegen Verleumdung muß innerhalb 3 Monaten nach Kenntnisnahme von der Verleumdung gestellt werden. — S. W. 1. und 2. Kein. 3. Ja. — Th. K. Weinmünderer. Briefen werden geliefert.

J. H. L. Zum Unterhalt des Schwiegervaters und der Schwiegermutter ist man gesetzlich nicht verpflichtet. — W. J. 62. 1. und 2. Eine Novelle ist beschloßen, ander in Aussicht. Die wesentlichen Bestimmungen finden Sie im „Arbeiter-Rotkalender“. 3. Ja. 4. Das richtet sich nach der Höhe des Verdienstes. 5. Kein. — Emil Z. 1. Urlaub kann verweigert werden. 2. Kein. 3. Ja. 4. Othegraben, Virdorf, Vefingher 35, III. — H. 2. Richter. 1. Wenn Sie Hedem an werden wollen, dann richten Sie zunächst an das Polizeipräsidium ein Gesuch um Zulassung. Von dort erhalten Sie Nachricht, wo und mit welchen Papieren Sie sich beim Stadtpflicht zur Vorprüfung zu melden haben. Ist die Vorprüfung bestanden, die sich auf Rechnen, Lesen, Schreiben und Erben erhebt, so richten Sie das Zeugnis hierüber und die Papiere beim Polizeipräsidium mit dem Antrag ein. Sie zur Ausbildung zugelassen. Der Ausbildungsdurchlauf wird in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März in der Wohnung abgeholfen. Die Kosten für Ausbildung, Verpflegung, Wohnung usw. betragen etwa 300 M. Die Vernehmung zur Anstellung einer über 30 Jahre alten Bekannte soll nur dann, wenn eine jüngere, gleich Qualifizierte unter keinen Umständen zu ermitteln ist, erteilt werden. Bei dem großen Andrang ist solche Ausnahme für Berlin ausgeschlossen. Diejenigen, die die Vorprüfung bestanden haben, werden der Reihe nach zur Ausbildung zugelassen. Die Zulassung dauert infolge des Andrangs oft Jahre. Es haben daher nur die Aussicht, Geborenen zu werden, die bei der Prüfung zur Vorprüfung höchstens 27 Jahre alt sind. — G. 2. 11. 1. Kein. 2. Die Kosten der Ehefrau können geltend gemacht werden. Die Ehefrau kann aber mit Rücksicht auf Erfolg Interventionsklage erheben und Antrag auf Einstellung der Vollstreckung stellen. — Pantow 1. Ja.



Adressbuch

für Berlin und seine Vororte.

Wie bereits bekannt gegeben, gelangt der zweite Nachtrag zum „Adressbuch für Berlin und seine Vororte 1902“ Anfangs Mai zur Ausgabe. Zum Zwecke der Erreichung größter Genauigkeit und Vollständigkeit werden alle Beteiligten dringend gebeten,

Anmeldungen für den zweiten Nachtrag

des Adressbuchs möglichst umgehend, **spätestens bis zum 10. April** der Redaktion des Adressbuchs, SW., Zimmerstr. 37/41, zugehen zu lassen. Insbesondere beliebe man bis zu diesem Termin Mittheilung zu machen von Geschäfts-Eröffnungen und -Verlegungen, von Wohnungs- und Grundbesitz-Veränderungen, die seit Erscheinen des ersten Nachtrags stattgefunden haben und noch nicht berücksichtigt sind oder zu einem jetzt schon feststehenden Termin im laufenden Jahre stattfinden werden. Alle Abnehmer der Haupt-Ausgabe erhalten auch den zweiten Nachtrag unentgeltlich.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 3. April.

Opernhaus. Die Baubersäule. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. König Heinrich der Dritte. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.

Schiller. Einsame Menschen. Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Der Biberpelz. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reisinger. Rara. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Gaspardine. Anf. 7 1/2 Uhr.

Reisinger. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Goldfische. Anfang 7 1/2 Uhr.

Recessionsbühne. Delleo Vissencrois Bunter Dreißig. Anfang 8 Uhr.

G. v. Holzgendorf. Bunter Theater (Hörsch). Anfang 8 Uhr.

Schaal und Rauch. Serenissima. Zwischenspiele. Anfang 8 1/2 Uhr.

Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.

Puffen. Die Jungfrau von Orleans. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss. Hannemann vom Viehhof und: Der kleine Cohn. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Die Maschinenbauer von Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr.

Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Die wahre Liebe ist das nicht. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Vossstr. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Passage. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die Beichtener. Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater. Ihre Familie. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Am Theaterstr.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).

Donnerstagsabend 8 Uhr: **Einsame Menschen.** Drama in 5 Akten von G. Hauptmann.

Freitagabend 8 Uhr: **Nathan der Weise.**

Sonabendabend 8 Uhr: **Nathan der Weise.**

Central-Theater.

Heute, 7 1/2 Uhr, zum 107. Mal: **Das süße Mädel.** Operette in 3 Akten von Landberg und Stein. Musik von Reinhardt. Morgen und folgende Tage 7 1/2 Uhr: **Das süße Mädel.** Sonntagabend 8 Uhr: **Der Bettelstudent.**

Thalia-Theater.

Dreddenstraße 72/73. Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr: **Seine Kleine.** Guido Thielscher, Fritz Felner, Hans Junfermann, Herbert Paulmüller, Paula Worm a. G., Gerda Wolde, Leonore Holz, Elise Wannenbusch. „Hab'n Sie nicht den kleinen Cohn gesehen?“ Heute Benefiz für den Komponisten Julius Einshöfer. Zum 76. Mal: **Seine Kleine.**

Carl Weiss-Theater.

Große Brantfurterstr. 132. **Hannemann vom Viehhof** und: **Der kleine Cohn.** Große Berliner Kuchenthatungspose mit Ges. in 5 Bildern von Ernst Ritterfeld. Musik von Albert Bisher. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Derselbe Vorstellung. Sonnabendabend 8 Uhr: **Max und Moritz.** Kleine Preise. Sonntagabend 8 Uhr: **Das Räthchen von Seidbrunn.** Kleine Preise. Barf. 60 Pf.

Apollo-Theater.

Durchschlagender Erfolg der Novität! Zum 4. Mal: **Lysistrata** Phantastisch. Operetten-Burleske von Paul Lincke. Im 2. Akt: Das berühmte Luftballett.

„Grigolatis“.

Ferner: **Neue Spezialitäten.** Beginn der Spezialitäten 7 1/2 Uhr. Operetta 8 1/2 Uhr.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: **Frühlingstage an der Riviera.**

Castans Panopticum.

Friedrich-Strasse 165. **Zwergin** mit ihrem Kinde (einsig in ihrer Art auf dem Erdplan!) **Der Boerenkrieg** (Boha, De Wet, Delorsy, Krüger). **Lebende Photographien.** **Neu!** humor.-musikal. Quintett Kirchmeyer.

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville. Schwank mit Gesang u. Tanz in 3 Akten. Emil Sondernmann, Ferd. Worms, Mizzi Birker, Rosa Marton. Hierauf: „Gr“. Pariser Lebensbild in 1 Akt. Adelsdarstellung a. G. Leopold Thurner a. G. Sonntagabend 8 Uhr: **Der Pfarrer von Kirchfeld.**

Metropol-Theater.

Emil Thomas a. G. **Henry Bender Josef Josephi** Zum 4. Mal: **Die wahre Liebe ist das nicht.** Grosse Posse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern von Horst u. Stein, bearbeitet von Julius Freund, Musik von Victor Holländer. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet. Morgen und die folgenden Tage: **Die wahre Liebe ist das nicht.**

Schall und Rauch (Kleines Theater)

Unter den Linden 44. Donnerstag, 3. April, abds. 8 1/2 Uhr: Gastspiel von **Emanuel Kocher.** **Serenissimus-Zwischenspiele.** Liebesträume, Banerakumedi, Gewitter, Abschiedsouper.

Palast-Theater (früher Feen-Palast)

Burgstr. 22. Direction R. Winkler u. W. Feibel. **Augenwunderliches Riesen-Programm.** 8 1/2 Uhr. 8 1/2 Uhr. **Der große Schläger!** **Eine Nacht im Ballhaus.** Schwank in 4 Akten von Amiel. Hauptrolle: **Dir. Rich. Winkler.** **Leo Aarras** in ihren phänomenen Kunstleistungen **Emmeline Hochberg,** Original. **Neu! Amor.** **Neu!** Spiel- und Gesangs-Terzett. **Annyd.** Tanz-Phantastie. Zum erstmaligen in Berlin. Ausserdem nur Nummern I. Ranges. Anfang präcise 8 Uhr. **Entrée 50 Pf.**

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16. **Der Gold-Düffel.** Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Emil Vohl, Musik von Contradi. Heute: **Tanzkränzchen.** Freitag: **Eine Tochter des Südens.**

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.** Anfang Wochent. 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger.** **Neu! Neu!** **Der Kesselflicker.** Charakterbild mit Gesang. Nach jeder Solree: **Tanzkränzchen.** Wochentags: **Bereitsbildens** und Tanz frei.

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Redigiert von **Klava Bekhin.** Wie bisher so wird die „Gleichheit“ auch weiterhin mit aller Energie und Schärfe kämpfen für die volle sociale Befreiung der proletarischen Frauenwelt, wie sie einzig und allein möglich ist in einer socialistischen Gesellschaft. Denn nur in einer solchen verhältnis mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen die Ursache jeder gesellschaftlichen Unterdrückung und Unfreiheit: die wirtschaftliche Abhängigkeit eines Menschen von einem andern Menschen, der Gegensatz zwischen Beherrschenden und Nichtbeherrschenden, der sociale Gegensatz zwischen Mann und Frau, zwischen Kopfarbeit und Handarbeit. Die „Gleichheit“ ist im Reichspost-Zeitungs-Katalog für 1902 eingetragen unter Nr. 3051 und kostet vierteljährlich 55 Pfennig ohne Bestellgeld. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung. **Stuttgart.** Der Verlag der „Gleichheit“.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr. **Sensations-Programm der April-Novitäten.** **Emilie Carola,** preisgekrönte Wiener Schönheit. **Hugo Möllinger** der originelle Humorist. **Les Estrellas** Spanische Tänzerinnen. **16 neue erstkl. Nummern!**

Casino-Theater

Vossstr. 37. Gastspiel **Antonio Agoston** in **„Berlin auf Stelzen“** u. **„Metomisch!“** **Sensations!** Anfang Wochent. 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Cirkus Busch

Donnerstag, 3. April, abds. 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung: **Klondike.** Orig. Pantomime des Cirkus Busch. Die Prinz Heinrich Fahrt nach Amerika. **Frühstück.** Kaffee, Stunde 0,60. „Gründlich“, Postamt 24. 142/16*

Deutsche Konzerthallen. An der Spandauer Brücke 3. Größt. Vergnügungsort Berlin. **Internationale Konzerte von 5 Künstler-Kapellen.** Im 6. u. 7. Bogen erstklassige **Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.** Ausschank der **Berliner Bock-Brauerei.** Bürgerl. Diner, 5 Gänge. Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Passage-Theater. **Emilie Carola,** preisgekrönte Wiener Schönheit. **Hugo Möllinger** der originelle Humorist. **Les Estrellas** Spanische Tänzerinnen. **16 neue erstkl. Nummern!**

Casino-Theater. Vossstr. 37. Gastspiel **Antonio Agoston** in **„Berlin auf Stelzen“** u. **„Metomisch!“** **Sensations!** Anfang Wochent. 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Cirkus Busch. Donnerstag, 3. April, abds. 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung: **Klondike.** Orig. Pantomime des Cirkus Busch. Die Prinz Heinrich Fahrt nach Amerika. **Frühstück.** Kaffee, Stunde 0,60. „Gründlich“, Postamt 24. 142/16*

Die Möbel-Fabrik von **H. Nolte, Sionstr. 10.** empfiehlt ihr reichhaltiges Lager selbständiger Wohnungs-Decorations- sowie einzelner Möbel. Täglich geöffnet.

Todes-Anzeige.
 Dienstag früh 3 1/2 Uhr entschlief
 nach langem, schwerem Leiden
 meine liebe Frau, meine gute Mutter
 und Tochter
 38092

Emilie Müncheberg
 geb. Bülke, Reinholdsdorferstr. 46a.
 Die Beerdigung findet heute, Don-
 nerstag, den 3. April, nachm. 3 1/2 Uhr,
 von der Leichenhalle der Kasarerb-
 Gemeinde, Dallborfer Chaussee, aus-
 statt. Um stille Teilnahme bitten
 Die Hinterbliebenen:
Carl Müncheberg.

**Central-Verband
 d. Maurer Deutschlands**
 Zweigverein Berlin.
 (Sektion der Putzer.)
 Den Mitgliedern sowie den Mit-
 gliedern des Befehlungsverbands der Putzer
 zur Nachricht, daß unter Mitglied
Robert Schulz
 am 1. d. Mts. plötzlich verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Freitag,
 den 4. April, nachmittags 4 Uhr, vom
 Trauerhause, Holsteinerstr. 27, aus-
 nach dem Friedhof der St. Markus-
 Gemeinde zu Wilhelmsberg statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Die örtliche Verwaltung.

**Orts-Krankenkasse
 der Sattler zu Berlin.**
 Montag, den 3. März, verstarb das
 Mitglied [271/1]
Hermann Birnbaum.
 (Werkstatt von A. Ph. Hoffmann.)
 Die Beerdigung findet Freitag, den
 4. April, nachmittags 4 Uhr, von der
 Leichenhalle des Konfektionshauses im
 Friedrichshagen aus nach dem Bartho-
 lomäus-Kirchhof in Falkenberg statt.
 S. H. G. Ahmann.

**Deutscher
 Holzarbeiter-Verband.**
 Nachruf!
 Am 26. März verstarb plötzlich unter
 Mitglied, der Tischler 81/13
Emil Karbe,
 und wurde am 2. April, nachm. 4 Uhr,
 auf dem Bartholomäus-Friedhof in
 Falkenberg zur letzten Ruhe gebettet.
 Die Ortsverwaltung.

Für die zahlreiche Teilnahme bei der
 Beerdigung meines lieben Mannes,
 meines guten Vaters und Groß-
 vaters **Anton Panten** sagen wir
 hiermit allen Bekannten und Genossen
 der Schönhäuser Vorstadt unseren aufrich-
 tigen Dank. 38102
 Die trauernde Witwe
A. Panten nebst Kindern.

Patentanwalt Dammann,
 Moritzplatz 57.
 Eintritt bis abends neun. 38052

Dr. med. Schaper
 homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
**Haut- u. Harnleiden,
 Frauenkrankheiten.**
 Königsgrünerstr. 27, Spr. 9-1. 4-7.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!
 Sonntag, den 6. April, mittags 12 Uhr,
 bei Ballschmieder, Badstraße 16:
Volks-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Rechtsanwält Dr. Karl Liebknecht
 über: „Justiz gegen Proletariat“. 2. Diskussion. 219/12
 Um recht zahlreiche Beteiligung der Parteigenossen und Genossinnen
 Der Vertrauensmann.

Männer-Vortrag
 morgen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Andreadstraße 21,
 Gänge 20-31.
Homosexualität im Geschlechts- und Seelenleben
 vom praktischen Naturheilkundigen **Grundmann.**
 Naturheilverein „Reform“, Kuranstalt und naturärztliche Sprechstunde
 Köpenickerstr. 72. 11-2, 6-8.

Freie Volksbühne.
 9. Serie der Vorstellungen im Lessing-
 Theater, Sonntag, den 13. April 1902 und
 folgende Sonntage:
— Die Hoffnung —
 (op Hoop van Zeegen)
 Ein Seestück in 4 Akt. v. Hermann Heyermanns Jr.
 7./8. Abteilung im Berliner Theater
 Sonntag, den 6. April Anfang präzise
2 1/2 Uhr:
Wilhelm Tell.
 228/15) Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Neue freie Volksbühne.
 Sonntag, den 6. April, abends 7 Uhr, in den „Leo-
 Feststätten“, Rödorsdorferstr. 45 (Kärstner Platz)
Frühlingsfeier
 unter Mitwirkung der
Berliner Kammermusik-Vereinigung
 (Hofpianistin Elisabeth Sepp, Königliche Konzertmeister Dessau,
 G. Lenzowaki, O. Hutschenreuter, M. Skibielski, K. Rausch, A. Fröhlich,
 F. Köcher) sowie Frau Elisabeth Lutz-Feininger und des Damenchores
 des Hilfsvereins für weibliche Angestellte (unter Leitung des Fräulein
 Ida Rosenmund. Recitation: Frä. Else Schiff.
 Unter andern wird zu Gehör gebracht:
 Beethoven: Septett (Es-dur op. 20);
 Franz Schubert: Forellen-Quintett (A-dur op. 114).
 Karten a 50 Pf. sind in den bekannten Zahlstellen und beim
 Kassierer H. Neff, Georgenkirchstr. 22 III zu haben. 150/5

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlsruherstr.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige Direktoren.
 Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hätt.
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

Unsre Berufskleidung- u. Wäschefabrik befindet sich
 ab 1. April Brücken-Strasse 10^b, 1 Treppe.
D. Wurzel & Co.,
 Einzel-Verkauf zu Fabrikpreisen.

Soeben beginnt der zweite Semesterband des 20. Jahrganges der
Neuen Zeit
 Wochenschrift der deutschen Socialdemokratie.
 Unter ständiger Mitarbeiterschaft
 von
H. Sebel, P. Lafargue, Fr. Mehring, F. A. Sorge u. a.
 redigiert von
Karl Kautsky.
 Die angelegene Stellung, welche sich die „Neue Zeit“ bei Kämpfern
 und Gegnern der Socialdemokratie erworben hat, verdankt die Reichweite
 ihrer Eigenschaft als Organ des wissenschaftlichen Socialismus,
 nicht minder aber auch der einer politischen Revue ersten Ranges.
 Die Ereignisse des Tages, die von weiter reichender Bedeutung
 sind, werden, namentlich so weit sie auf die Arbeiterbewegung
 und den Socialismus Bezug haben, eingehender besprochen,
 als es in der Tagespresse möglich ist, während gleichzeitig die
 wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur und
 Kunst, der Naturwissenschaften und der Technik angemessene Be-
 rücksichtigung finden.
 Die „Neue Zeit“ darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle
 diejenigen bezeichnet werden, welche ein mehr als flüchtiges Inter-
 esse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.
 Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch-
 handlungen und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal
 zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige.
 Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.
 Stuttgart. Der Verlag der „Neuen Zeit“.

Wichtig bei Capitalsanlagen ist die
Berliner Finanz- und Handelszeitung
 XIII. Jahrgang Berlin SW., Hafenplatz 4 XIII. Jahrgang
 best informirt, dreimal wöchentlich erscheinendes Finanzblatt.
 Anfragen der Abonnenten über in- u. ausländische Wertpapiere
 werden im „Briefkasten“ eingehend beantwortet.
 Abonnementspreis Mark 5.00 pro Quartal.
 Die Zeitung wird einen ganzen Monat hindurch auf
 Verlangen gratis und franco zugesandt.

Grosse Fänge.
Seefische billig!
 Schellfische in allen Grössen 20-25-30 Pf. pro Pfd.
 Cablian (zum Kochen und Braten) 20-25 Pf. „ „
 derselbe ohne Kopf im Anschnitt 25-30 Pf. „ „
 Seelachs 20-22 Pf., im Anschnitt 25-27 Pf. „ „
 Bratflundern (3 Pfd. 55 Pf.) 20 Pf.
 Rotzungen 45-50 Pf.; Schollen 35-40 Pf.
 Deutsche
„Nordsee“
 Dampfschifferei-Gesellschaft
 Hauptfiliale Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.
 II. Filiale: Lönzburgerstrasse, Ecke Paulstrasse.
 III. Prinzenstrasse 30.
 IV. Madaistr. 22, im Schlesiischen Bahnhof.
Johs. Skorzcyk
 Generalvertreter. 3798L*

„Armin-Hallen“
 Kommandantenstraße 20.
 Wir empfehlen unsern über 1000 Personen fassenden grossen schattigen
Natur-Garten nebst grossem Saal
 und Nebenzimmern, circa 1000 Personen fassend, vollständig renoviert,
 zur Abhaltung von Sommerfesten etc. (Für Vereine auch Kaffeehäuser)
 Gleichzeitig erlauben wir uns, unsere 8 Vereinszimmer in jeder
 Größe in Erinnerung zu bringen. 1390L*
Gebr. Melitz, „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20.
 en gros. Strohhüte en detail.
 Eigene Fabrikation. 10065
 Herren-, Knaben-, Damen- und
 Mädchenhüte
 empfiehlt billigst **Karl Müller,**
 Vungthof-Weichen in Seefen.

Toni Borchardt
Dr. Richard Sussmann
 16755 Augenarzt
 Verlobte.

Filialen:
 Berlin, Chausseestraße 54 und
 Bellealliancestraße 98.
 Stettin, Magazinstrasse 2 und
 Hohenzollernstraße 3.

Mass-Anzüge
 24 und 30 M.
Paletots nach Mass 22 M.
 Alle diejenigen
 welche in irgend einer Weise mit
 ihren Maß-Anzügen nicht zufrieden-
 gestellt wurden, sollen unbedingt bei
 uns den Versuch machen.
 Liefere von prima 16726*

Stoffresten
 die feinsten Maß-Anzüge unter
 Garantie des Quittens für obigen
 Preis.

Engros-Restor-Handlung
 Bellealliancestraße 98, 1 Tr.
 und
 Chausseestraße 54, 1 Tr.
 Wegen grossen Andrangs bitte recht
 zeitig zu bestellen.

Großer Möbelverkauf.
 In meinem grossen Möbelspeicher
 und Lagerräumen
Neue Königstr. 59
 (nahe Alexanderplatz) sehen viele
 Wohnungs-Einrichtungen, neue und
 vielleicht gewohne, zum schmeichel-
 sehr billigen Kaufpreis. Besonders
 Gelegenheit für Brautleute wohl noch
 nie dagewesen. Brautleute erhalten
 ein Hochzeitsgeschenk gratis. Durch
 große Gelegenheits-Einkäufe, Ge-
 spinnisse der Vademecum, ferner durch
 Selbstverfertigung sämtlicher Polster-
 möbel und Dekorationen als Junungs-
 meißer bin ich in Lage, ganze Ein-
 richtungen schon von 150, 200, 300
 Mark zu liefern. Hochelegante
 Kaffeezimmer von 1000 bis zu
 3000 Mark. Ganz besonders zu
 empfehlen ist der große Vorrat ver-
 liehen gewöhener und zurückgelehnter
 Möbel, die fast noch ganz neu und im
 Preise ganz bedeutend herabgesetzt
 sind. Weiterhin gratis und franko.
 Kein Kaufzwang. Gefasste Möbel
 werden 3 Monate kostenlos aufbe-
 wahrt, durch eigene Gespanne geliefert
 und aufgestellt. Bitte genau auf
 Hausnummer 59 zu achten.

Sofastoffe
 Riesenwahl aller Qualitäten.
 Wolle, Resle, Mocquetta,
 Blüde, Satteltaschen.
 Muster bei nächster Angabe franko.
Berlin, 158
Emil Lefevre, Oranienstr.

Möbel
 Bürgerliche 3619L*
 Wohnungs-Einrichtungen.
 Großer Lager. • Billige Preise.
 Langjährige Garantie.
Wilh. Lambrecht, Simon-
Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
 Spezialarzt für 17/13*
Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
 Jedes 5 Pfennig.
 Wort: 5 Nur das erste
 Wort fett. Wörter mit mehr als
 15 Buchstaben zählen doppelt.

Möbelspeicher Sebastiansstraße 81,
 Römer. Auch Teilzahlung. 16506*

Möbel, mehrere Zimmer, müssen
 sofort verkauft werden: Bettis,
 Tischelstühle 20,00, Tischchen
 45,00, Sesselstühle 35,00, Stühle
 garniert 75,00 (gefaltet 210,00),
 Tischelstühle 10,00, Tischelstühle,
 Sesselstühle, Büffel, Silberstühle,
 Tisch, Kofferstühle 3,00, Teppiche,
 Decken, Kissen, mehrere,
 Gartenstraße 148 I links. 4137*

Möbel-Geschäft. Beim Aufstiegs-
 nator Otto Wiede, Möckernstraße 25
 (Bahnhofstr.), sehen zum spottbilligen
 Verkauf neue gebogene und wenig
 gebrauchte Einrichtungen, ein Posten
 Sesselstühle aus 30,00, Salonstühle
 20,00, Zimmerteppiche 8,00, Tischel-
 stühle, Salongarnituren, Sessel-
 stühle, Bücherstühle, Salonstühle,
 gefasste Übergehänge, Diwandecken,
 Stores, Teppiche, Salonstühle,
 Büffelstühle 5,00. Verschiedene
 Gelegenheitskäufe. Gefasste (sogar
 unentgeltlich). 1035*

Teppiche mit Jachenseltern
 Fabriksiederlage Große Frankfurter-
 strasse 9, parterre. 737*

Achtung! Bilder! In neuen
 modernen Rahmen spottbillig, auch
 Teilzahlung. Danksstraße 10, Hof II
 rechts, bei Baumgarten. 1629*

Nähmaschinen, spottbillig, Hand-
 liche Alexanderstrasse 73. 1712*

Teppiche billigst Habert Große
 Frankfurterstraße 9, parterre. 737*

Bilder, in modernen Rahmen,
 (nur gute Arbeit), spottbillig zu ver-
 kaufen abends nach 6 und Sonntag
 Danksstraße 13, vorn I. 1626*

Nähmaschinen, preiswerte Be-
 zugsquelle, ohne Anzahlung, Woche
 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen
 sofort. Postkarte genügt. Land-
 bergstraße 82, Köpenickerstraße
 Nr. 60/61. 479*

Zwei Markt einwertige
 Dampfen, Herrenkleiden 3,00,
 Ausstattungen sowie elegante Reise-
 koffer spottbillig, Wäschefabrik Aboli
 Salomonstr., Stadtbahn 21, Nähe
 Polizeipräsidium. 143/2

Kinderwagen, elegant, verkauft
 billig Hummelstr. 9, Goethestr. 9,
 Rehanstr.

Reiz, proctisches, 17,00, Tischel,
 Köpenickerstraße 16. 1676*

Trüffelverkauf, billig, Stuhlgasse
 Haus, Kolonnenstraße 4. 1675*

Sichere Erbsen, Gut gebendes,
 seit acht Jahren bestehendes Nest-
 fütterungs-geschäft mit zahlreichen Arbeit-
 nachweisen, Kaffeehäuser usw. wegen
 anderer Unternehmungen zu verkaufen.
 Kaufkraft erreicht Gabelhart, Cigarren-
 geschäft, Köpenickerstr. 15. 1679*

Herrenanzüge, Paletots, elegante
 Ausführung, geringe Teilzahlung.
 Kurzbier, Landbergstraße 13. 1*

2 Hand gute Betten billig Gohn,
 Charlottenburg, Schilderstraße 82, I.

Nähmaschinen, 4 Stück, gute,
 10,00 an Schindlerstraße 31. Konopa.

Unfallfassen, Ringen, Eingaben,
 Refraktationen, Puffer, Steglitzer-
 Straße 65. 8105

Kunststoffserei von Frau Kofsky,
 Steinmetzstraße 48, Cneregebäude hoch-
 parterre.

Anfertigung eleganter Herren-
 garderobe, Teilzahlung gefasste,
 Marcus, Holzmarktstraße zweunde-
 schlag. 1639*

Divulsiion! Wer sich über diese
 rechtliche Gratifikation unter Zeit
 unterrichten will, verlange die Karte
 häfter des Reichsbundes gegen Divul-
 sion, welche unentgeltlich versendet
 werden vom Reichsbundverein Berlin,
 Königgrüderstraße 108. Derselbe können
 auch Referenten für Postträger in
 Arbeitervereinen über Divulsiion be-
 stellt werden. Um gütigen Abdruck
 wird gebeten. 1616*

Wiederkauf aller Art laut An-
 der, Doppelstrasse 16. 427*

Chrenclärung. Die Beleidig-
 ung, die ich gegen den Pater Theodor
 Helm, Danksstraße 72, ausgesprochen
 habe, nehme ich hiermit zurück. Wil-
 helm Reppendorf. 1677*

Geist Gesellschaftshaus 1. Rai-
 frei, Danksstraße 107/8. 1656*

Vergangenem Sonnabend zwischen
 7 und 1/2 Uhr ist in einem Coupe
 des Nordringes an Bahnhof Wedding
 1 Cigarrenliste, enthaltend 23 Juwa-
 lidenkarten, 8 Exis-Krausentassen,
 Bücher, 1 Stempelkasten und Stempel
 auf den Namen G. Wender und für
 7,00 Juwalidenkarten, liegen ge-
 blieben. Der ehrliche Finder wird
 gebeten, daselbe gegen Belohnung
 bei Schwabe, Turmstraße 63, abzu-
 geben. 16806

Pfandfcheine, Bücher laut Ver-
 hand Chausseestraße 59 L 143/3*

Vermietungen.
Zimmer.
 Friedenstraße 57, vorn parterre,
 separiertes Zimmer, 2 Betten a 13 Mk.,
 vermietbar. 7102

Schlafstellen.
 Möblierte Schlafstelle für einen
 Teilnehmer zu vermieten bei Witwe
 Jacoben, Kolbergerstraße 26, vorn III.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Volljünger Gesellschaft. Gent,
 Danksstraße 107/8. 1657*

Winder Stuhlflechter bietet um
 Arbeit. Stühle werden zu den
 billigsten Preisen gefasste, werden
 abgeholt und unentgeltlich zurück-
 geliefert. Adresse: Rulandstraße 27,
 A. Gläfer.

Stellungsangebote.
Gardigwader, Gardigwaderinnen
 verlangt Weichen, Köpenickerstr. 47b.

Härber und Wälder verlangen
 Kalläne u. Weichen, Blumenstraße 70.
Tagelöhner verlangen Kalläne u.
 Weichen, Blumenstraße 70. 16746

Schirmaler verlangt Nieder-
 weichenstraße 15. 16816

Tüchtige Hausfrau Damenodessa
 verlangt Rulandstraße 65, I. 1727*

Achtung! Achtung!
Modelltischler!
 Von der Union, Elektricitäts-
 Gesellschaft, Moabit, sowie
 von der Firma Ludwig Löwe,
 Maschinenbau, Eckert, Fabrik
 landwirtschaftlicher Maschinen,
 Friedrichsberg, und Schropp,
 Berliner Modelfabrik, Ralantien
 Allee, Jauchmann, Gieseler,
 verlängerte Kottbusstraße, und hant-
 liche Modelltischler ausgeliefert. Den
 Modelltischleren **Kurzholz,**
 Oranienstr. 25, Dietrich, Chausse-
 strasse 52, und Garbe, Wasserho-
 strasse 30, Adam Heyl, Gormann-
 strasse 24, sind Aufträge aus der
 „Union“ zugegangen.
Zugzug fernhalten!

Zum Milchkrieg.

Gegen die kürzlich publizierte Milchverordnung, welche das Polizeipräsidium mit dem 1. April hat in Kraft treten lassen...

Der Vertreter der Milchzentrale Müller-Bredersdorf erklärte in der Versammlung vom 21. März: „Die neue Milchverordnung ist für uns ein Verbrechen...“

Weiter sagen die Milchhändler: Die Aufschrift des Polizeipräsidiums gibt zu, daß die neue Milchverordnung jedem Milchproduzenten künstlich gehalten wird...

Die jetzt für die Verordnung, wie bereits in der Ministerialkonferenz und in der Stadtverordneten-Versammlung hervorgehoben, einfach über die Vorschriften eines Reichsgesetzes...

Die Milchhändler werden im Interesse der Bevölkerung dafür sorgen, daß die Milchproduzenten, die von dem Föderalismus...

Wir selbst vor allem müssen und hier mit allem Nachdruck dagegen verwarren, daß die offiziöse Mitteilung des Polizeipräsidiums...

Des ferneren weisen die Milchhändler darauf hin, daß bei den konstanten und umfangreichen Kontrollen und chemischen Untersuchungen der in Berlin feilgehaltene Milch, die jeden Monat ein Quantum von 40 000 bis 50 000 Liter umfaßt...

Die Verordnung selbst schreibt einfach vor, daß die Verkaufsgesetze für die gewöhnliche Milch entweder die Aufschrift: „Marktmilch“, oder die Aufschrift: „Magermilch“ tragen müsse...

Die Milchhändler lassen ihre Veröffentlichung mit folgender Prophezeiung ausklingen: Wir dürfen demnach, auf die besten ärztlichen Autoritäten und die Entscheidungen unserer Kommunalvertretungen gestützt...

Lokales.

Der Berliner Magistrat und die Wohnungsfrage.

Aus bürgerlichen Kreisen wird uns geschrieben: Der Berliner Magistrat hat bekanntlich den Beschluß gefaßt, dem Verein zur Verbesserung der kleinen Wohnungen ein Darlehen von 500 000 M. zur Verfügung zu stellen...

Dem Ausschluß, der vom Magistrat zur Erörterung der Wohnungsfrage eingesetzt wurde, lagen 50 Gesuche von gemeinnützigen Bauvereinen und Bauvereinigungen vor...

Diejenigen, welche mit dem sozialpolitischen Verständnis des Berliner Magistrats einigermaßen vertraut sind, haben ja von vornherein keine große Hoffnungen auf die Wohnungsaktion...

Sonderbar muß es andererseits aber auch berühren, daß die 500 000 M. einer kapitalistischen Gesellschaft bewilligt wurden. Wenn die betreffende Gesellschaft auch nach ihren Statuten nicht mehr als 4 Proz. Dividende an ihre Aktionäre verteilen darf...

Verständliche pädagogische Grundsätze

werden in einer Magistrats-Vorlage aufgestellt, die die in der nächsten Woche neu zu eröffnende 13. Realschule in Prenzlauer Berg betrifft. Diese Anstalt sollte für das erste Schuljahr vorläufig drei Klassen erhalten, eine Sexta, eine Quinta und eine Quarta...

und beide in derjenigen Weise gefüllt werden könnten, wie es bei den Gemeindeforschulen vorgeschrieben ist, da bezüglich der Leitung und Unterrichts die Kinder trotz der Ungleichheit der Vorbildung gemeinsam...

Als vor einigen Wochen Genosse Vorkmann in der Stadtverordneten-Versammlung sagte, daß in den Gemeindeforschulen zu verfahren wird, mußte der Stadtschulrat wenigstens zwei Fälle zugeben, in denen das vorgekommen sei...

Aus dem Betriebe der städtischen Kanalarbeitwerke.

Von gewerkschaftlicher Seite erhalten wir folgende Mitteilung: Am 4. März 1901 hat die Deputation der betreffenden Verwaltung beschlossen, die Löhne ihrer Arbeiter etwas aufzubessern...

Die Einführung der neuen Postwertzeichen

hat in den ersten Tagen des April, besonders am Dienstag, einen Sturm auf die Postämter bewirkt. Der Andrang zu den Schaltern ist so gewaltig gewesen, daß er vielfach zu einer schweren Belästigung des beteiligten Publikums wurde...

Die Eisenbahn-Fahrtverordnungen für Mitglieder von Krankenkassen

im Sinne der reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Krankenversicherung der Arbeiter treten gestern in Kraft. Der Eisenbahntarif des deutschen Eisenbahnverbandes hat beschlossen, die Bestimmungen hierüber im Teil I des deutschen Eisenbahn-Tarifs...

Die Theresen-Lehmansche Stiftung

und hat den Zweck, in Berlin ortsbekannt, hilflosen Witwen und unverschuldeten Personen weiblichen Geschlechts, welche keinen Ernährer haben und einen tabellarischen, ständigen Lebenswandel führen, Unterstützung zu gewähren...

Aus Genossenschaftskreisen

wird uns geschrieben: Das Konsumvereinswesen gewinnt zweifellos immer mehr Freunde, das beweist u. a. auch das ständige Wachstum des Berliner Konsumvereins...

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, 5. April, veranstaltete die Literarische Vereinigung Berliner Dain-Bund einen Unterhaltungsabend in der Residenz-Festhalle...

„Justiz gegen Proletariat“ ist das Thema, welches Genosse Karl Liebknecht am Sonntag, den 6. April, mittags 12 Uhr, in einer Volksversammlung, welche in Volkshaus, Badstr. 16, stattfand, behandelt wird.

größten Vorteile und führen dem Verein immer mehr neue Mitglieder zu, wodurch die Vorteile immer größer werden können.

Eine Bibliothek und Lesehalle für Genossenschafts-Literatur und -Presse steht allen Interessenten kostenlos zur Verfügung im Grünen Weg 68, im laubler eingerichteten Hinterstückchen der Produktivgenossenschaft der Barbier.

Neue Titulatur. Vor einiger Zeit erreichte es in der Presse Kopfschütteln, daß ein amtlicher Brief, der einem Journalisten zugestellt wurde, die Aufschrift trug „An den Zeitungsschreiber R. R.“. Ist eine solche Titulatur auch nicht gerade beleidigend, so kann sie bei Betrachtung des Sprachgebrauchs, besonders wenn sie von oben kommt, auch nicht als besondere Schmeichelei aufgefaßt werden.

Der zweite Nachtrag zum Berliner Adreßbuch 1902 gelangt, wie bereits bekannt gegeben, Anfangs Mai zur Ausgabe und wird ebenfalls allen Abnehmern der Haupt-Ausgabe unentgeltlich verabfolgt.

In dem Heberbreitl-Streit, der zwischen dem Schauspieler und Sänger Koppel und Ernst v. Wolzogen ausgedehnt war, stand gestern wiederum Termin vor dem hiesigen Schöffengericht an.

Magistratssekretär Dolina als Leiche aufgefunden? Bei Spandau wurde gestern von der Havel der Leichnam eines Mannes an das Land geschwemmt, von dem verschiedene Anzeichen darauf hindeuten, daß man in dem Toten den seit Wochen vermißten städtischen Beamten Dolina gefunden haben dürfte.

Die Unterschlagungen eines städtischen Hilfs-Gelderhebers werden demnächst die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigen. In dem Protokoll des Ausschusses für Rechnungssachen war nämlich die Frage aufgeworfen worden, weshalb ein Posten von circa 1775 M. noch offen stehe.

Gegen den Hochstapler Carlo Vordato aus Berlin, der in verschiedenen Städten als Offizier in Uniform aufgetreten ist, um Schwindel zu verüben, ist die Voruntersuchung abgeschlossen, und er ist daher aus Spandau nach Moabit gebracht worden.

Auf offener Straße sich zu erschließen versuchte am Dienstagmittag ein unbekannter Mann an der Ecke der Eßasser- und Bergstraße.

Straßenperrung. Die Kreuzdämme der Dorotheen-Sommerstraße und Moos-Bismarckstraße werden behufs Ausführung von Straßenbahn-Arbeiten vom 2. dieses Monats ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Die 7. städtische Fortbildungsschule, kaufmännische und gewerbliche Bildungsanstalt für Mädchen, Raumstraße 63, nahe der Adalbertstraße, beginnt ihre Unterrichtskurse für das Sommersemester am Montag, 7. April.

Für Touristen und Radfahrer. Im Verlage der geographischen Anstalt Ludw. Neumann, Neudamm 10, ist soeben eine vom verstorbenen Professor W. Vedenow bearbeitete Spezialkarte des Regierungsbezirks Potsdam mit Berlin erschienen, welche mit gleicher Genauigkeit wie das politische Abgrenzen auch die angrenzenden Gebiete behandelt.

deutung geordnet bis zum Weiler mit voller Namensnennung, sogar einzelne Häuser usw. in Schwarz, Terrainerhebungen in seinen Schraffen braun, Waldflächen grün. Die Karte ist, was Genauigkeit betrifft, wohl das Beste, was im Buchhandel zu haben ist; nur den einen Fehler hat sie, daß sie nicht ganz billig ist. Sie kostet nämlich kartoniert 4,50 M.

Eine Ausstellung von Druckmaschinen veranstaltet der Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister am Sonntag, den 6. d. M., von 9-4 Uhr aus Anlaß seines Jahreshauptverschlusses.

Dem Zoologischen Garten hat Herr Paul Herbst, in Firma Gratenau u. Co., Concepcion, Chile, einige bemerkenswerte argentinische Vögel zum Geschenk gemacht, die im neuen Vogelhaus untergebracht worden sind.

Neue freie Volkshäuser. Bei der am 6. April, abends 7 Uhr, in den Lenk-Häusern, Rüdigerstraße 45 (Küchener Platz) stattfindenden Frühjahrsfeier wirkten mit: Berliner Kammermusik-Bereitigung, Frau Elisabeth Van-Heiningen, Damenchor des Hildesheimer für weibliche Angestellte und Frau Eise Schiff, u. a. wird Beethoven's: Septett (Es-dur op. 20) und Franz Schubert: Forellen-Quintett (A-dur op. 114) zu Gehör gebracht. Eintritt 50 Pf.

Theater. In Georg Hirschfelds neuem Märchendrama „Der Weg zum Licht“, welches im Deutschen Theater am nächsten Sonnabend, den 5. April, seine erste Aufführung erfährt, sind die Damen Aderfina Gehner, Elise Heims, Hedwig Baulz, Fäule v. Plüsch, Emma Rausch und die Herren Fischer, Spinnaker, Kurtz, Reinhardt, Sommerhoff, Waldorf, Werthmann, Jener beschäftigt.

Feuerbericht. Dienstagabend 9 Uhr wurde die Wehr nach der Stargarderstr. 10 gerufen, wo durch Unvorsicht einer Petroleumlampe in einer Wohnung Möbel in Brand geraten waren.

Aus den Nachbarorten. 72 Familien, sämtlich mit Mietkontrakten für gemietete Wohnungen in der Hand, sind gestern in Charlottenburg obdachlos geblieben.

Unter der Beschuldigung der Teilnahme an einem Morde wurde im benachbarten Pankow die vor etwa 14 Tagen zugezogene Witwe Mehrbach festgenommen.

Der der Ermordung seiner Frau beschuldigte Werkmeister Adolf Beck aus Königsberg ist ein geborener Berliner und bis vor drei Jahren hier selbst ansässig gewesen.

Witterungsübersicht vom 2. April 1902, morgens 8 Uhr.

zurück, jedoch wollte die junge Frau in eine Scheidung nicht einwilligen, und B. war gezwungen, sie wieder bei sich aufzunehmen. Bei der in der Doppelten Maschinenfabrik in der Gartenstraße als Werkmeister in Stellung war, nahm dann vor drei Jahren eine Stelle als Abteilungsleiter in der Königsberger Maschinenfabrik an und siedelte mit seiner Frau nach der ostpreussischen Hauptstadt über.

Die Jahressdurchschnittswerte für Naturalbezüge in Rigo wurden von der Gewerbe-Deputation nach dem Berliner Vorbilde für männliche Arbeiter auf 1,50 M. und für weibliche Arbeiter und Lehrlinge auf 1,25 M. pro Tag festgesetzt.

Die kaufmännische und gewerbliche Fortbildungsschule zu Rigo wird nach dem Schulhause in der Erststraße verlegt.

Johannisthal. Der Etat für unsere Gemeinde beträgt für das Jahr 1902/1903 in Einnahme und Ausgabe rund 61.100 M.

Ober-Schneeweide. Daß eine rote Schleife manche Menschen außer Fassung bringen und unter Umständen die heilige Ordnung gefährden kann, mag folgendes Vorkommnis beweisen.

Der wegen Raubmordes in Spandau verhaftete Artist Mag Ritter hat nach einigen Leugnen ein Geständnis abgelegt.

Vermischtes.

Ein furchtbares Verbrechen ist, wie man der „Täg. Absh.“ meldet, in Franzdorf bei Weiskirchen in Schlesien verübt worden.

Die Touristen, welche auf der Jagd eingeschneit waren, sind, wie aus Wien gemeldet wird, in der Hütte auf dem Plateau der Jagd zwar mit erfrorenen Gliedern aber noch lebend aufgefunden worden.

Die Ansicht des Großstadtkindes. In den Osterferien einer Dresdener Bürgerkate fragte ein Lehrer: „Was mögen sich die Eltern des Herrn Jesus Christus wohl gedacht haben, als sich das Kind drei Tage im Tempel aufhielt?“

Ein Neumätiger. In Nummer 62 des „Darmstädter Täglichen Anzeigers“ findet sich folgendes Interat: „Hiermit erkläre ich öffentlich, daß ich am 24. Februar 1902 in der Gostwirtschast „Zur Starckenburg“ dahier die hiesigen Lehrer in solch roher Weise beleidigt habe, wie es eines menschlichen Mundes auszusprechen nicht würdig ist.“

Witterungsübersicht vom 2. April 1902, morgens 8 Uhr.					
Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.
Swinemünde	749,8	3	bedeckt	4	4
Danzig	751,8	4	bedeckt	4	4
Berlin	752,9	3	bedeckt	8	4
Königsberg	754,9	2	bedeckt	10	4
München	755,8	4	bedeckt	11	4
Wien	755,8	—	bedeckt	4	—

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 3. April 1902. Etwas kühler, zeitweise heiter, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen und frischen nordwestlichen Winden.